



RECHTSEXTREMISMUS IN BAYERN

WIR FORDERN:

- Rechtsextremisten entwaffnen
- Voice of Anger und Bürgerwehren verbieten
- AfD durch Verfassungsschutz beobachten
- Hass und Hetze im Netz keine Chance geben
- Opfer unterstützen
- Demokratie stärken

VORWORT

Liebe Leser*innen,

binnen kurzer Zeit mussten wir die gravierendsten Anschläge der Nachkriegsgeschichte miterleben. Noch bevor die Wunden, welche der rechtsterroristische NSU hinterlassen hat, heilen konnten, kam es zum antisemitischen Anschlag in Halle und den rassistischen Morden in Hanau sowie zum Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke vor einem Jahr. In der rechtsextremen Szene kursieren Todeslisten mit Namen von Tausenden politischen Feinden, selbst ernannte Bürgerwehren patrouillieren vor Flüchtlingsunterkünften und geheime Netzwerke trainieren für einen „Tag X“, an dem die Staatsordnung zusammenbrechen soll und sie nach der Macht greifen wollen. Der gesellschaftliche Diskurs erlebt schon lange eine deutliche Grenzverschiebung nach rechts, sowie rechte Einflüsse in die gesellschaftliche Mitte.

Die bayerische Staatsregierung hat endlich zugegeben, dass die größte Gefahr für die innere Sicherheit der Rechtsextremismus ist. Ihr Agieren hiergegen ist aber nicht ausreichend. Wir verlieren Zeit, wo wir das nicht dürften. Ein Zögern des Rechtsstaates nehmen rechtsextremistische Kreise als Schwäche wahr und schöpfen daraus Mut für ihre neuen Taten. Das darf nicht sein!

Wir fordern deshalb:

- 1.** Eine grundsätzliche Neubewertung des Gefährdungspotenzials durch rechte Gewalt und rechtsextremen Terrorismus durch die zuständigen Sicherheitsbehörden. Die vorhandenen Handlungskonzepte müssen dringend aktualisiert und erweitert werden. Das staatliche Repertoire gegen Rechtsextremismus reicht derzeit nicht aus.
- 2.** Die rechtsextremistische Szene muss konsequent entwaffnet werden. Bereits erteilte Waffenerlaubnisse müssen wieder entzogen und ein restriktiver Kurs bei Neuerteilungen eingeschlagen werden. Es gilt auch Wege der Beschaffung von Waffen und Munition strengstens zu kontrollieren.
- 3.** Rechtsextreme Bürgerwehren wie ‚Wodans Erben Germanien‘, ‚Vikings Security Germania‘ und ‚Sons of Odin‘ sowie die Skinhead-Vereinigung ‚Voice Of Anger‘ müssen verboten werden. Ihr Agieren fußt nicht auf unserem Grundgesetz und sie stellen eine Gefahr der freiheitlich-demokratischen Grundordnung dar.
- 4.** Der gesamte Landesverband der Partei Alternative für Deutschland (AfD) in Bayern muss durch den Verfassungsschutz beobachtet werden. Er wird nämlich klar von Personen aus der rechtsextremen ehemaligen Parteiströmung ‚Der Flügel‘ dominiert und unterscheidet sich in seiner Ausrichtung nicht wesentlich von dieser.
- 5.** Hass und Hetze im Netz müssen wir entschieden begegnen und die strafrechtliche Verfolgung von Delikten deutlich ausbauen. Wer mit einem Mausklick die Würde eines Menschen verletzen kann, der muss auch mit einem Mausklick gemeldet werden können.
- 6.** Menschen, deren Namen auf sogenannten Todes- oder Feindeslisten von rechtsextremistischen Kreisen auftauchen, sind in geeigneter Weise hierüber zu informieren, entsprechend fachlich zu betreuen, das Gefährdungspotenzial individuell zu analysieren und gegebenenfalls polizeiliche Schutzmaßnahmen einzuleiten.
- 7.** Bayern braucht dringend eine flächendeckende Beratungsstruktur für die Opfer menschenfeindlicher, rassistischer, rechtsextremer und antisemitischer Gewalt. Die aktuell vorhandenen Strukturen genügen keinesfalls dem tatsächlich vorhandenen Bedarf.
- 8.** Die Demokratie muss gestärkt und Vielfalt als wichtige Ressource unserer Zeit wahrgenommen werden. Interkulturalität, Antirassismus und Demokratiebewusstsein müssen in Eingang in schulische und berufliche Ausbildung finden.

Für Rückfragen zu unserem Lagebericht Rechtsextremismus 2019 stehe ich gerne jederzeit zur Verfügung.



Cemal Bozoğlu
Ihr Cemal Bozoğlu

INHALT

Vorwort.....	Seite 2
1. Einleitung.....	Seite 4
2. Gefahren durch rechten Terror und untergetauchte Neonazis.....	Seite 5
3. Rechtsextreme Straf- und Gewalttaten.....	Seite 6
4. Rassistische Straf- und Gewalttaten.....	Seite 8
5. Antisemitische Straf- und Gewalttaten.....	Seite 9
6. Rechtsextreme ‚Hasskriminalität‘ und Bedrohungsdelikte.....	Seite 10
7. Rechtsextreme Straf- und Gewalttaten gegen Amts- und Mandatsträger*innen.....	Seite 12
8. Reichsbürger-Szene in Bayern.....	Seite 12
9. ‚Voice of Anger‘ und die militante Skinheadszene im Allgäu.....	Seite 13
10. Trotz Verbot nicht tot: ‚Blood & Honour‘ und ‚Combat 18‘.....	Seite 14
11. Rechtsterroristische ‚Atomwaffen-Devision‘ und ‚Feuerkrieg Division‘.....	Seite 15
12. Feindes- und Todeslisten von Rechtsextremisten und Prepper-Gruppen.....	Seite 16
13. Entwaffnung der rechtsextremen Szene.....	Seite 17
14. Wodans Erben: rassistische und rechtsextreme Bürgerwehren.....	Seite 18
15. Rechtsextreme Tendenzen bei der AfD und der Jungen Alternative.....	Seite 19
16. Identitäre Bewegung in Bayern.....	Seite 20
17. Neonazipartei ‚Der Dritte Weg‘.....	Seite 21
18. Der rechtsextremen Musikszene den Stecker ziehen.....	Seite 22
19. Knockout für die rechtsextreme Kampfsportszene.....	Seite 23
20. Kein Raum für Neonazis: rechtsextreme Immobilien in Bayern.....	Seite 24
21. Rechtsextremismus ist die größte Gefahr für die innere Sicherheit.....	Seite 24

1. Einleitung

Mit unserem Lagebild Rechtsextremismus dokumentieren wir, die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen im Bayerischen Landtag, seit dem Jahr 2014 jährlich die jeweils aktuellen Gefahren durch den Rechtsextremismus in Bayern und fordern entsprechende Gegenmaßnahmen. Als Sprecher der Fraktion für Strategien gegen Rechtsextremismus möchte ich Ihnen das vorliegende Lagebild für das Jahr 2019 präsentieren.

Im Jahr 2019 – das zeigen die Antworten der Staatsregierung auf diverse Anfragen unserer Fraktion – sind die rechtsextremistisch motivierten Straf- und Gewalttaten wieder deutlich gestiegen. Besonders stark hat im vergangenen Jahr die Zahl der Straftaten gegen Geflüchtete zugenommen. Die antisemitisch motivierten Straf- und Gewalttaten sind im zweiten Jahr infolge auf einem neuen Höchststand. Auch die Fallzahlen rechtsextremer ‚Hasskriminalität‘ und Bedrohungen sind in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen. Im Schnitt ereignen sich jeden Tag fast sechs rechtsextremistisch motivierte Straf- und Gewalttaten in Bayern.

Besonders virulent war im vergangenen Jahr die Bedrohung durch rechten Terrorismus. Dies hat sich an dem eiskalten Mord an dem hessischen Regierungspräsidenten Walter Lübcke und an dem antisemitischen Anschlag auf die Synagoge in Halle auf schreckliche Weise gezeigt. In Kassel hat ein seit Jahrzehnten bekannter, militanter und organisierter Neonazi Walter Lübcke wegen seiner humanitären

Äußerungen in der Asylpolitik ermordet. In Halle hat ein sich in verschwörungsideologischen Internetforen radikalisierter „Einzeltäter“ versucht, an dem höchsten jüdischen Feiertag Jom Kippur in der dortigen Synagoge ein Massaker anzurichten. Als ihm dies nicht gelang, ermordete er eine zufällig vorbeikommende Frau und den Besucher einer Imbissstube, die von Migranten betrieben wird.

Auch in Bayern ist die Bedrohung durch rechten Terror akut. Dies zeigt die Aufdeckung der rechtsextremen Terrorgruppe um den Augsburger Werner S., an der auch weitere Mitglieder der in Bayern aktiven Bürgerwehr ‚Wodans Erben Germanien‘ beteiligt waren. Die Gruppe plante Anschläge auf Moscheen und Attentate gegen GRÜNE Politiker wie Robert Habeck und Toni Hofreiter. Auch die Verhaftung des Anführers der neonazistischen Terrorgruppe ‚Feuerkrieg-Division‘ im oberpfälzischen Landkreis Cham und die konspirativen Aktivitäten von ‚Blood & Honour‘ und ‚Combat 18‘ in Bayern, zeigen das Gefahrenpotenzial eines rechtsextremen Terrorismus. Mittlerweile muss selbst die bayerische Staatsregierung einräumen, dass der Rechtsextremismus die größte Gefahr für die innere Sicherheit in diesem Land darstellt.

In Bayern liegt das Potenzial des gewaltbereiten Rechtsextremismus laut Einschätzung der Sicherheitsbehörden bei etwa 1.000 Personen. Trotz der zahlreichen Verhaftungen im Zusammenhang mit rechten Terrorgruppen und der mörderischen Anschläge der vergangenen Monate werden jedoch immer noch nur drei Personen in Bayern von den zuständigen Behörden als ‚rechtsextreme Gefährder‘ eingestuft und mit besonderen Überwachungsmaßnahmen belegt. Auch



Anschlag auf Synagoge in Halle: Besonders virulent war im vergangenen Jahr die Bedrohung durch rechtsextremen Terrorismus.

wenn Neonazis in Bayern der Waffenbesitz endlich zunehmend erschwert wird, sind immer noch etliche Rechtsradikale im Besitz einer Waffenerlaubnis und verfügen so über legal erworbene Waffen. Gleichzeitig kursiert eine Unmenge an illegal erworbenen Waffen in der Szene. Von einer tatsächlichen Entwaffnung der rechtsextremen Szene sind wir also immer noch weit entfernt.

Unser Lagebild zeigt auch, wie sich die rechte Szene in Bayern im letzten Jahr weiter gewandelt hat. Rechtsextremisten organisieren Bürgerwehren und gehen in bayerischen Städten auf Streife, um vermeintlich für die Sicherheit zu sorgen, die der Freistaat angeblich nicht garantieren kann. Neurechte Bewegungen wie die ‚Identitäre Bewegung‘ treten – trotz Rückschlägen – weiterhin mit medienwirksamen Aktionen öffentlich in Erscheinung. Rechtsextremisten trauen sich, erst recht nach dem Einzug der AfD in den bayerischen Landtag, immer offensiver in die Öffentlichkeit. Das hat sich Anfang letzten Jahres in Nürnberg gezeigt, wo Rechtsradikale schamlos und in offener Verherrlichung des Nationalsozialismus einen Fackelmarsch auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände inszeniert haben.

Auch die Vernetzung der rechtsextremen Szene nimmt zu. Mitglieder der ‚Identitären Bewegung‘ in Bayern haben Verbindungen zu rechten Burschenschaften und zur AfD sowie deren Jugendorganisation, der Jungen Alternative. Die AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag, die vom völkisch-nationalistischen ‚Flügel‘ dominiert wird, beschäftigte NPD-nahe Mitarbeiter und Verschwörungsideologen. Seit Anfang des Jahres 2019 werden der ‚Flügel‘ und die ‚Junge Alternative‘ als rechtsextreme Organisationen vom Verfassungsschutz beobachtet. Wir haben der AfD deshalb erstmals auch ein eigenes Kapitel in unserem Lagebericht gewidmet.

Wir müssen feststellen: Die rechtsextreme Szene in Bayern verändert sich, sie wird aktionistischer, modernisiert und radikalisiert sich und sie sucht gleichzeitig Anschluss in der Mitte der Gesellschaft. Der Rechtsextremismus stellt damit wie seit Jahren die größte Herausforderung und Gefahr für unsere freiheitlich-demokratische Gesellschaft dar.

Diese Entwicklungen verlangen nach einer unmissverständlichen Reaktion von Staat und Zivilgesellschaft. Doch auch neun Jahre nach der Selbstenttarnung des ‚NSU‘ müssen wir leider feststellen, dass die CSU keine wirksame Strategie zur Bekämpfung von Rassismus, Antisemitismus und rechter Gewalt vorzuweisen hat. Das aktualisierte Handlungskonzept der Staatsregierung gegen den Rechtsextremismus in Bayern zeigt keine ausreichende Wirkung. Gleichzeitig wird zivilgesellschaftlichen Gruppierungen und Einrichtungen die notwendige Unterstützung verweigert.

2. Gefahren durch rechten Terror und untergetauchte Neonazis

Rechtsextrem motivierte Straf- und Gewalttaten sind in Bayern und Deutschland seit Jahrzehnten ein massives Problem. Abgesehen von wenigen Fällen, wie der Mordserie des NSU, spielen sie in der öffentlichen Wahrnehmung leider oft keine Rolle und wurden von konservativen politischen Entscheidungsträgern viel zu lange heruntergespielt. Dies ändert sich nur langsam. In den letzten Jahren ist die Zahl rechtsextremer Straf- und Gewalttaten weiter gestiegen und insbesondere der Mord an dem hessischen Politiker Walter Lübcke und der Anschlag auf die Synagoge von Halle haben die Öffentlichkeit aufgerüttelt. Das rassistisch motivierte Massaker an neun Menschen in Hanau im Februar 2020 hat die Serie rechtsextremer Attentate auf fürchterliche Weise fortgesetzt. Bundesweit wurden im vergangenen Jahr 22.337 rechtsextreme Straftaten registriert, darunter fast 1.000 Gewaltdelikte wie einfache und gefährliche Körperverletzungen.

Rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Terror wird auch in Bayern zu einem immer massiveren Problem. Die Liste der politisch motivierten Straftaten von rechts und der rechtsterroristisch aktiven Organisationen der letzten Jahre ist lang.

- [Der in Augsburg lebende ‚Präsident‘ und weitere Mitglieder der rechtsterroristischen Vereinigung ‚Oldschool Society‘ kamen aus Bayern. Vier Personen wurden deshalb vom OLG München zu Haftstrafen verurteilt.](#)
- [In Bamberg wurden 2016 zahlreiche Mitglieder der rechtsextremen ‚Weisse Wölfe Terrorcrew‘ wegen der Bildung einer kriminellen Vereinigung angeklagt, aber dann nur wegen minderschwerer Delikte verurteilt. Das Bundesinnenministerium hatte die bundesweit agierende Gruppierung im Februar 2016 wegen ihrer hohen Gewaltbereitschaft verboten.](#)
- [In Nußdorf am Inn gab es 2017 zwei schwere Brand- und Sprengstoffanschläge auf Unterkünfte von Geflüchtete. Hierfür wurden zwei Täter zu Haftstrafen von drei Jahren und neun Monaten verurteilt.](#)
- [PEGIDA München und ihr Vorsitzender Heinz Meyer haben im Herbst 2017 während einer Kundgebung gegen einen im Münchener DGB Haus stattfindenden Antifa-Kongress offen die Taten des NSU verherrlicht. In einer Projektion mit Bezug auf das Paulchen-Panther-Motiv des NSU-Bekennervideos hieß es: „Von jetzt ab, da ist eines klar: das Paulchen jagt bald Antifa!“](#)
- [PEGIDA München unterhält auch einen eigenen Schießsportverein, die ‚Bayerische Schießsportgruppe München e.V.‘, dessen Vorsitzender wiederum Heinz Meyer ist. Über die Schießsportgruppe haben die Mitglieder aus dem Umfeld von PEGIDA München die Möglichkeit des legalen](#)

Zugangs zu und Trainings mit scharfen Waffen. Ein Ermittlungsverfahren gegen den Schießsportverein wurde im Dezember 2019 eingestellt.

- Im Dezember 2018 wurden im Rahmen einer bundesweiten Razzia gegen konspirative Strukturen der verbotenen militanten Skinheadvereinigung ‚Blood & Honour‘ auch acht Wohnungen in Bayern durchsucht.
- Im Juni 2019 wurden im Namen von ‚Blood & Honour‘ und ‚Combat 18‘ zahlreiche Drohbriefe an Moscheen, islamische Zentren und Parteizentralen auch in Bayern verschickt. Dies führte im Oktober 2019 zu einer erneuten Durchsuchungswelle, wiederum mit Schwerpunkt in Bayern.
- Im Februar 2020 wurde von den Sicherheitsbehörden eine rechtsterroristische Zelle ausgehoben, deren Anführer Werner S. aus Augsburg stammt. Weitere Mitglieder stammten aus der in Bayern agierenden Bürgerwehr ‚Wodans Erben Germanien‘.
- Im Februar 2020 wurde im oberpfälzischen Landkreis Cham der Anführer der rechtsterroristischen Gruppe ‚Feuerkrieg Division‘ verhaftet. Auch die eng mit der ‚Feuerkrieg Division‘ verbundene rechte Terrorgruppe ‚Atomwaffen Division‘ hat Verbindungen nach Bayern.
- Der Hanauer Attentäter Tobias R. hat bis kurz vor seinem Anschlag in Bayern gelebt und in einem Münchener Schützenverein mit scharfen Waffen trainiert.

Trotz einer langen Tradition rechtsextremen Terrors in Bayern, die bis auf das Oktoberfestattentat im Jahr 1980 zurückgeht, haben bayerische Sicherheitsbehörden und die zuständigen CSU-Innenminister viele Jahre grundsätzlich bestritten, dass es überhaupt eine Gefährdung durch rechten Terrorismus gibt.

allein 1.000 Personen aus der rechtsextremen Szene in Bayern als gewalttätig bzw. gewaltbereit eingestuft. Hinzu kommt ein schwer eingrenzbarer Personenkreis, der sich über soziale Netzwerke und Internetforen radikalisiert hat und der bisher noch gar nicht im Fokus der Sicherheitsbehörden stand. Weitere rechtsextreme Gefährder sind nach früheren radikalen Phasen aus dem polizeilichen Radar geraten, können aber als so genannte ‚Schläfer‘ jederzeit wieder aktiv und gefährlich werden. Dass auch von diesem Kreis schwere Gewalttaten und Terroranschläge ausgehen können, zeigen die Anschläge in Halle und Hanau auf dramatische Weise.

3. Rechtsextreme Straf- und Gewalttaten

Von den durch die Sicherheitsbehörden registrierten 2.570 Rechtsextremisten in Bayern gelten rund 1.000 Personen als gewaltbereit. Sie werden von den Behörden weitgehend dem parteiunabhängigen und unstrukturierten rechtsextremen Spektrum zugeordnet. Das überrascht doch sehr, schließlich müssen zumindest die Mitglieder der Neonaziparteien ‚Der Dritte Weg‘ und ‚Die Rechte‘ ebenfalls als gewaltorientiert eingestuft werden.

Noch mehr überrascht angesichts der zahlreichen rechtsterroristischen Anschläge und rechten Terrorgruppen der letzten Jahre, dass von den bayerischen Sicherheitsbehörden zum Stichtag 31.12.2019 nur drei Personen als rechtsextreme Gefährder geführt werden, denen die Begehung von schweren Straf- und Gewalttaten bis hin zu terroristischen Anschlägen zuzutrauen ist. Weitere 17 Rechtsextremisten werden als ‚relevante Personen‘ geführt, denen die Unter-

Jahr	Rechtsextreme Gefährder	Relevante Personen
2012	1	1
2013	2	25
2014	2	27
2015	3	21
2016	„niedriger einstelliger Bereich“	„unter 20 Personen“
2017	„niedriger einstelliger Bereich“	„unter 20 Personen“
2018	3	19
2019	3	17

Es ist offensichtlich, dass die bayerische Staatsregierung das von der rechtsextremen Szene ausgehende Gefahrenpotenzial immer noch fahrlässig unterschätzt. So werden

stützung von schweren Straf- und Gewalttaten zugetraut wird. Hier wird offensichtlich die reale Gefährdungslage fahrlässig unterschätzt. Wir fordern deshalb ein grundsätzli-



Foto: Thomas Witzgall

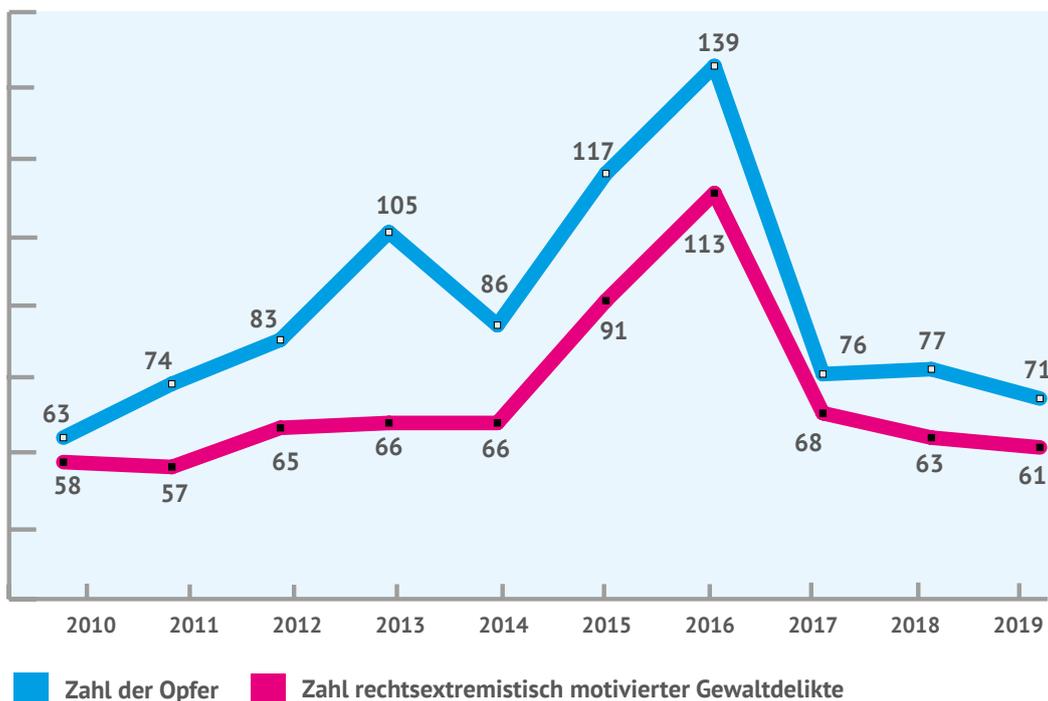
Es ist offensichtlich, dass die bayerische Staatsregierung das von der rechtsextremen Szene ausgehende Gefahrenpotenzial immer noch fahrlässig unterschätzt.

Die Neubewertung des rechtsextremen Gefahrenpotenzials, eine systematische Überprüfung aller Verdachtsfälle und die Anpassung der Zahl der von den Sicherheitsbehörden als ‚rechtsextreme Gefährder‘ bzw. ‚relevante Personen‘ registrierten Neonazis.

Die anhaltend hohe Gewaltbereitschaft der rechtsextremen Szene zeigt sich auch an der Zahl von 61 rechtsextremen Gewalttaten im vergangenen Jahr. Bei den Delikten handelt es sich überwiegend um Körperverletzung und gefährliche Körperverletzung. Die meisten Gewalttaten waren rassistisch (48) oder antisemitisch (5) motiviert. Einige Angriffe richteten sich allerdings auch gegen politische Gegner (9), überwiegend aus der linken Szene. Insgesamt wurden

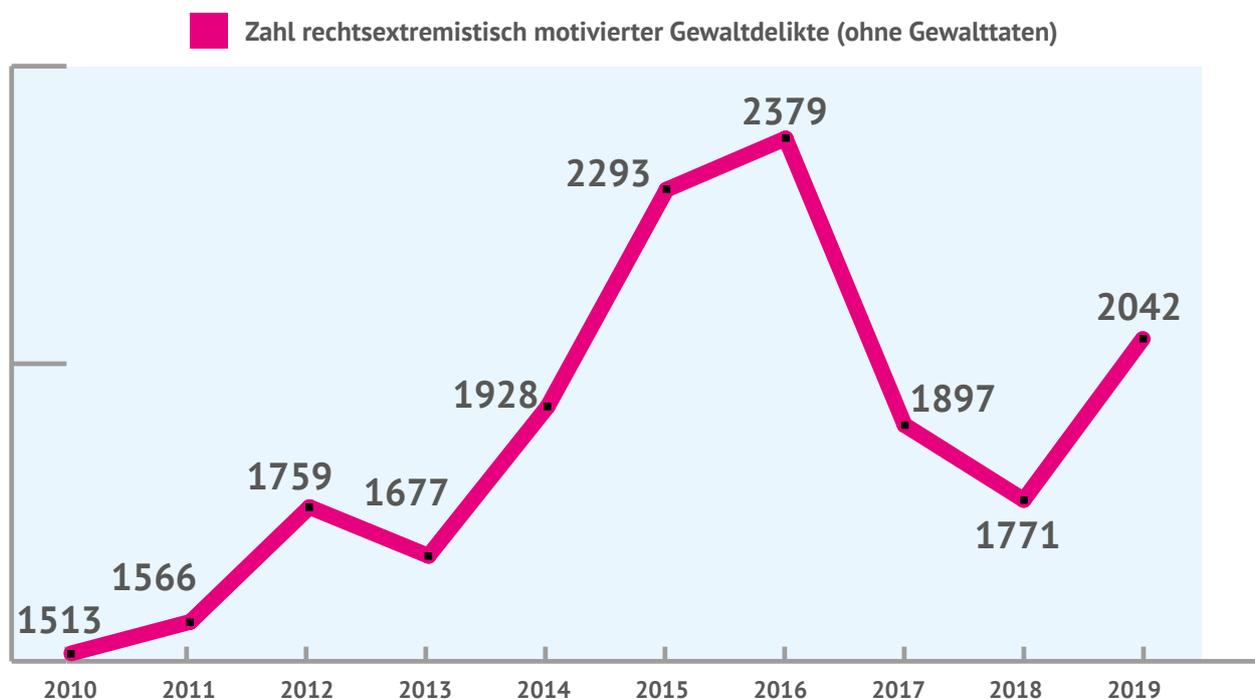
71 Personen Opfer rechter Gewalttaten. Die mit Abstand meisten rechtsextremen Gewaltdelikte (28) wurden in München registriert. Bisher kam es nur in sechs Fällen zu einer Verurteilung des oder der Täter. Selbst Verfahren wegen gefährlicher Körperverletzung enden oft mit einer Einstellung durch die Staatsanwaltschaft.

Auch das Ausmaß aller rechtsradikalen Straftaten bewegt sich weiterhin auf einem unerträglich hohen Niveau. Das Innenministerium registrierte im Jahr 2019 eine Zahl von 2.042 rechtsextremistisch motivierten Straftaten (ohne die Gewalttaten). Damit ist die Zahl der rechten Straftaten im Vergleich zu den Vorjahren wieder deutlich angestiegen. Jeden Tag kommt es in Bayern also zu fünf bis sechs



rechtsextremen Straftaten. Bei den Delikten stehen neben Bedrohung, Beleidigung und Sachbeschädigung vor allem Volksverhetzung und die Verwendung verfassungswidriger Kennzeichen und Symbole im Mittelpunkt. Bei der Verteilung der Straftaten fällt auf, dass sich auch hier ein großer Teil der Delikte auf die Landeshauptstadt München (444) konzentriert.

fahren mit einer Anklageerhebung oder Verurteilung der Täter*innen. Außerdem kommt es immer wieder zu sog. ‚Streifengängen‘ und Aktionen rechtsextremer Bürgerwehren, wie ‚Wodans Erben Germanien‘, oder rechtsextremer Parteien, wie der NPD oder dem ‚Dritten Weg‘, vor oder in Unterkünften von Geflüchteten.



4. Rassistische Straf- und Gewalttaten

Auch im Jahr 2019 bleiben Geflüchtete und Helfer*innen eines der Hauptziele rechter Angriffe. So ist die Zahl der Angriffe auf Unterkünfte von Geflüchteten von 18 im Jahr 2018 auf 25 im Jahr 2019 gestiegen. Darunter befinden sich auch einige Fälle von gefährlicher Körperverletzung, Sachbeschädigung und Hausfriedensbruch. Insgesamt ist die Zahl der Straftaten gegen Geflüchtete auf 173 stark gestiegen. Davon sind 167 Taten dem Bereich der politisch motivierten Kriminalität – rechts (PMK-rechts) zuzuordnen. Im letzten Jahr wurden nur 38 Straftaten (2017: 72) registriert, die sich gegen Asylunterkünfte, Asylsuchende und Asylhelfer*innen richteten.

Überwiegend handelt es sich bei den rassistisch motivierten Straftaten um Fälle von Volksverhetzung und Beleidigung. In 23 Fällen kam es jedoch auch zu Gewalttaten wie Körperverletzungen, gefährlichen Körperverletzungen oder Raub. Insgesamt konnten bei den rassistisch motivierten Straftaten 113 Tatverdächtige ermittelt werden. Nur in den wenigsten Fällen enden die eingeleiteten Ermittlungsver-

Jahr	Zahl der Angriffe auf Unterkünfte von Geflüchteten
2003	3
2004	8
2005	4
2006	7
2007	1
2008	-
2009	2
2010	3
2011	2
2012	2
2013	13
2014	25
2015	77
2016	94
2017	32
2018	18
2019	25

5. Antisemitische Straf- und Gewalttaten

Auch im Jahr 2019 ist die Zahl der registrierten antisemitischen Straf- und Gewalttaten weiter stark gestiegen. Sie hat sich von 219 Delikten im Jahr 2018 auf 310 Delikte im Jahr 2019 erhöht. Das ist eine weitere Steigerung um über 40 Prozent, nachdem es bereits im Jahr davor zu einem starken Anstieg antisemitischer Taten kam. Wie in anderen Bereichen politischer Kriminalität muss auch bei antisemitischen Straftaten von einer hohen Dunkelziffer nicht angezeigter Taten ausgegangen werden. Niemals in den vergangenen zwölf Jahren war der Stand der in Bayern begangenen antisemitischen Straftaten durch Rechtsextremisten höher als im vergangenen Jahr. Unter den 310 antisemitischen Straftaten handelt es sich in elf Fällen um Gewaltdelikte wie (gefährliche) Körperverletzung oder Erpressung. Damit hat sich die Zahl der antisemitischen Gewalttaten annähernd verdreifacht. Ansonsten dominieren Volksverhetzung, Sachbeschädigung, Bedrohung, Beleidigung und Verleumdung bei den antisemitischen Straftaten.

Unter den 217 Tatverdächtigen waren 196 Männer und 21 Frauen. Ein erheblicher Teil der Täter*innen (73) waren Jugendliche im Alter zwischen 14 und 17 Jahren. Die aller-

ten ist eine politische Zuordnung nicht möglich. Hierunter können auch Taten von sog. ‚Reichsbürgern‘ und ‚Selbstverwalteten‘ fallen.

Leider konnte die Staatsregierung auf unsere Anfrage keine Angaben zur Anzahl der eingeleiteten Ermittlungs- und Strafverfahren, zur Zahl der Anklageerhebungen sowie zu den bereits ergangenen Verurteilungen machen. Zahlen aus den vergangenen Jahren zeigen jedoch, dass es nur in wenigen Fällen zur Anklageerhebung und Verurteilung der Täter*innen kommt. So führten von 166 staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren im Jahr 2018 nur 30 Verfahren zu einer Anklage oder einem Strafbefehl. Nur in 18 Verfahren wurden Beschuldigte verurteilt. Das ist eine äußerst unbefriedigende Aufklärungsquote, die höchstwahrscheinlich anhält.

Stark zugenommen hat auch die Bedeutung antisemitischer Verschwörungsideologien, die über das Internet eine globale Verbreitung erfahren. Das solche Theorien einer angeblichen ‚jüdischen Weltverschwörung‘ auch in blutigen Gewalttaten münden können, zeigt auf schreckliche Weise der antisemitische Anschlag auf die Synagoge in Halle vom Oktober 2019. In seinem im Internet veröffentlichten Manifest macht der Täter Juden für die Einwanderung von

Jahr	PMK rechts	PMK Ausländer und religiöse Ideologie	PMK sonstige	gesamt
2008	136	0	0	136
2009	120	5	2	127
2010	107	4	0	111
2011	112	2	1	115
2012	172	2	0	174
2013	104	5	0	109
2014	155	10	1	166
2015	122	8	2	132
2016	167	11	3	181
2017	145	1	2	148
2018	198	5	16	219
2019	296	4	10	310

meisten tatverdächtigen Personen (198) hatten die deutsche Staatsangehörigkeit. Ausländische Täter*innen spielen bei den antisemitischen Straftaten nur eine marginale Rolle. Nach wie vor werden weit über 90 Prozent der Taten der rechtsextremen Szene zugeordnet. 296 Straftaten fallen in den Bereich der politisch motivierten Kriminalität rechts (PMK-rechts). Nur jeweils zwei Taten werden Islamisten und dem ausländischen Extremismus zugeordnet. Bei zehn Ta-

Muslimen nach Deutschland und einen angeblich geplanten Austausch der Bevölkerung verantwortlich. Das Attentat von Halle zeigt, wie sich Verschwörungsideologien, Antisemitismus und antimuslimischer Rassismus zu einer terroristischen Tatmotivation verbinden können.

Auch die AfD verbreitet immer wieder antisemitische Narrative. So bezichtigte der Flügelchef Björn Höcke beim

süddeutschen Treffen des Flügels im Mai 2019 im fränkischen Greding den jüdischen Milliardär George Soros, für Neoliberalismus und Globalisierung verantwortlich zu sein. Soros würde einen „volkszerstörenden und als pervers zu bezeichnenden Ungeist verbreiten“. Bundeskanzlerin Angela Merkel bezeichnete Höcke in diesem Zusammenhang als „Soros-Kundin“. Auch bei anderen Veranstaltungen der AfD kommt es immer wieder zu antisemitischen Ausfällen gegen Soros.

6. Rechtsextreme ‚Hasskriminalität‘ und Bedrohungsdelikte

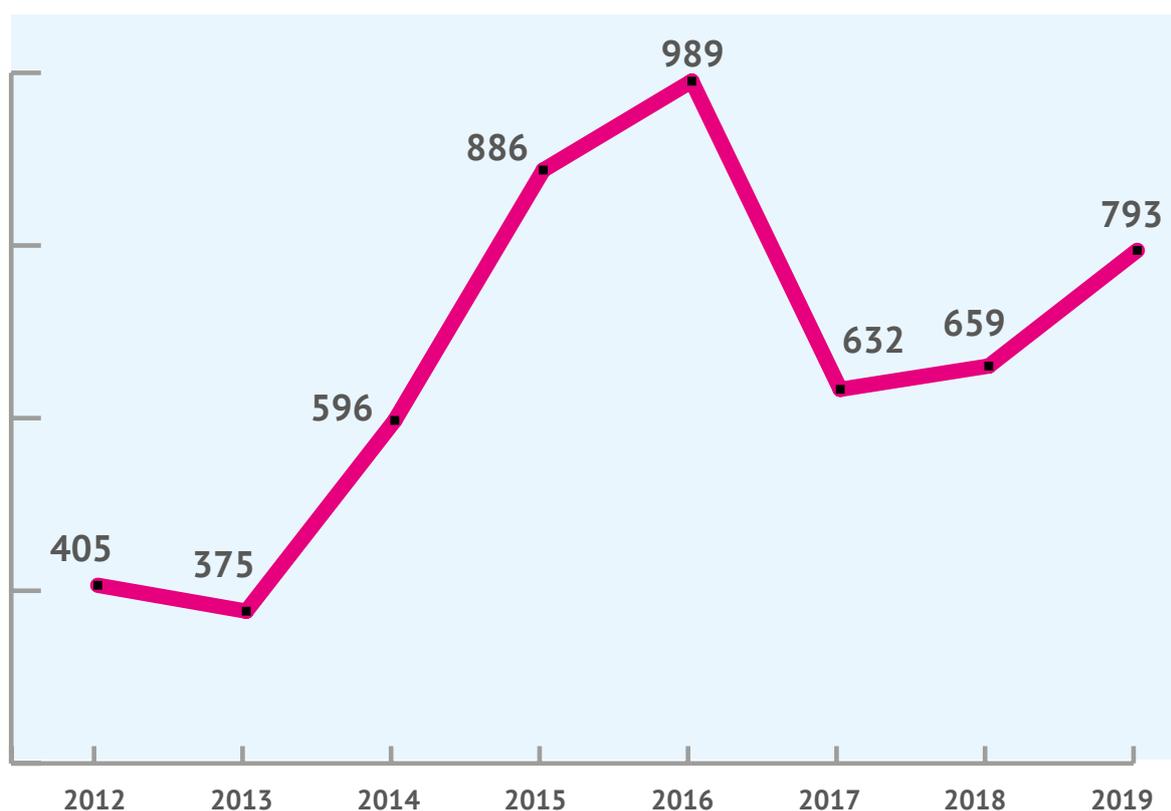
Die Delikte im Bereich der rechtsextremen ‚Hasskriminalität‘ steigen weiter stark an und haben im Jahr 2019 mit 793 registrierten Fällen den höchsten Stand der letzten drei Jahre erreicht. Nur in Folge der „Flüchtlingskrise“ von 2015 und 2016 wurden noch mehr Delikte registriert. Unter ‚Hasskriminalität‘ versteht man Straftaten, die aus Hass und Verachtung gegenüber Menschen anderer Herkunft oder Hautfarbe, aufgrund ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung, aufgrund ihrer religiösen Zugehörigkeit oder ihrer politischen Einstellung sowie gegen Menschen mit Behinderung oder sozial marginalisierte Personen, wie Obdachlose, begangen werden. In den Delikten der ‚Hasskriminalität‘ äußern sich rassistische, antisemitische, antimuslimische, homophobe und misogyne Einstellungen der

Täter*innen. Bei rechtsextremen Täter*innen liegt meistens ein Konglomerat aus verschiedenen menschenverachtenden Einstellungen vor.

Zu den Straftaten gehören Bedrohungen, Beleidigungen, Verleumdungen, die Androhung von Straftaten, Volksverhetzung, die Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Hausfriedensbruch, Sachbeschädigungs- und Körperverletzungsdelikte. Mit 213 angezeigten Straftaten ist München eindeutig die Hochburg rechtsextremer Hasskriminalität. 49 Straftaten im Bereich der ‚Hasskriminalität‘ werden von den Sicherheitsbehörden als Gewaltkriminalität eingestuft. In der Regel handelt es sich bei den Delikten um Körperverletzungen, in einzelnen Fällen aber auch um Erpressung oder Volksverhetzung. In einem Fall kam es in Mittelfranken sogar zu einem Mord aus rassistischen Motiven. 28 Straftaten richteten sich explizit gegen politische Gegner von Rechtsextremisten und Rassisten. 16 Delikte gegen Personen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung.

Da nur die angezeigten Straftaten in der polizeilichen Statistik auftauchen, ist in allen genannten Feldern der ‚Hasskriminalität‘ von einer erheblichen Dunkelziffer auszugehen. Leider ist die Staatsregierung nicht dazu in der Lage anzugeben, wie viele Täter*innen im Bereich der ‚Hasskriminalität‘ ermittelt, angeklagt und verurteilt werden konnten. Angeblich sei der zeitliche und personelle Aufwand für die

■ Zahl der Meldungen „Hasskriminalität“



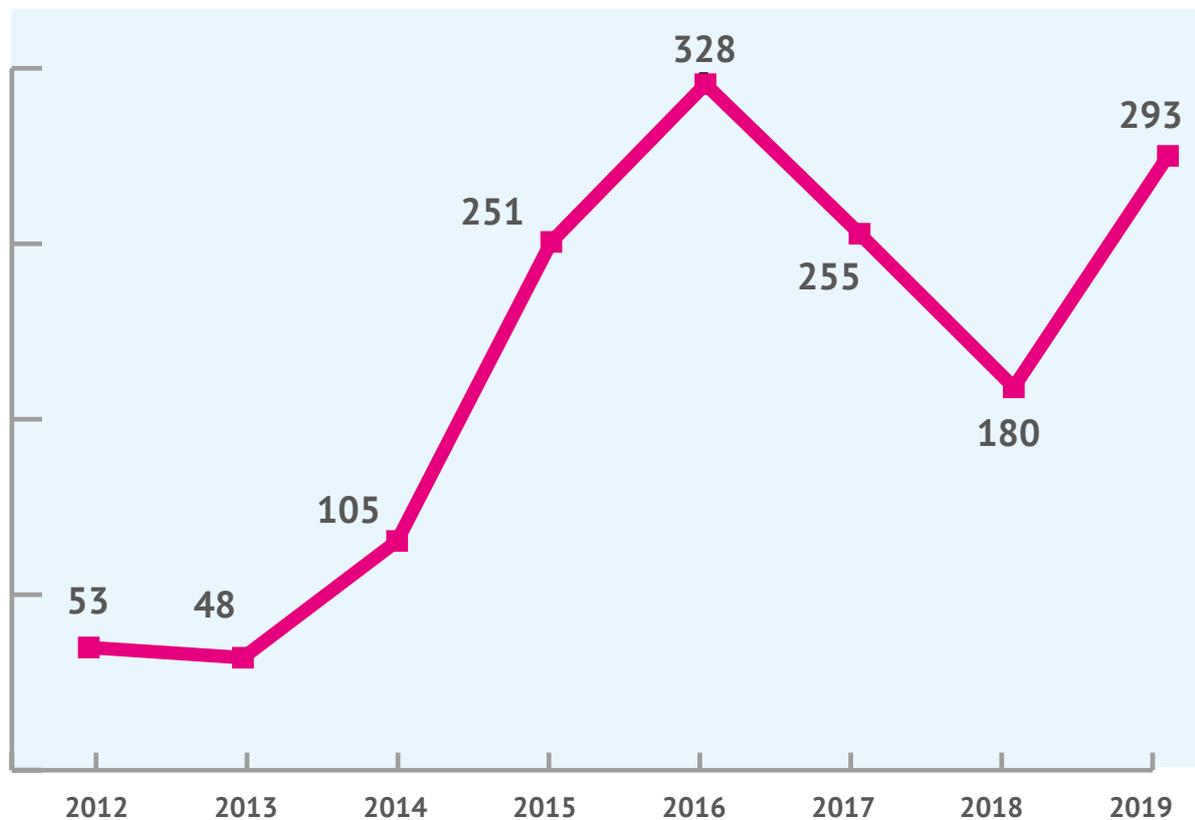
Justizbehörden zu hoch. Das ist mehr als bedauerlich! Aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre ist davon auszugehen, dass es nur in den wenigsten Fällen zu einer Verurteilung der Täter*innen kommt.

Viele Delikte im Bereich der Hasskriminalität finden im Internet statt. Von den 793 angezeigten Delikten im Jahr 2019 wurden 293 per E-Mail oder über Social-Media-Plattformen wie Facebook oder Twitter verübt.

Einschüchterungsversuche und Bedrohungen einschließlich Morddrohungen gegenüber all jenen Personen, die nicht in das menschenverachtende Schema der rechtsextremen Ideologie passen, gehören zum perfiden Standardrepertoire der Neonazis. Die Zahl der angezeigten strafrechtlich relevanten Bedrohungen ist dabei mit 48 Fällen im Jahr 2019 auf ein Rekordniveau gestiegen. Auch in diesem Bereich ist München ein Hotspot. Allein 22 Delikte konzentrieren sich auf die Landeshauptstadt. Auch bei den rechtsextrem motivierten Drohungen und Morddrohungen ist von einer erheblichen Dunkelziffer nicht angezeigter Delikte auszugehen.

Jahr	Rechtsextremistisch motivierte Bedrohungen (§ 241 StGB)
2010	8
2011	15
2012	17
2013	13
2014	15
2015	42
2016	30
2017	31
2018	44
2019	48

■ Zahl der Meldungen „Hasskriminalität“ (Tatmittel „Internet“)



Zielscheibe der Rechten sind Amts- und Mandatsträger*innen, Geflüchtete und auch Personen, die sich für einen menschenwürdigen Umgang mit Geflüchteten einsetzen.

Auch bei den rechtsextremen Bedrohungsdelikten ist die Staatsregierung nicht in der Lage, Angaben zur Aufklärung der Taten sowie zur Anklage und Verurteilung der Täter*in-

nen zu machen. Die Zahlen aus den letzten Jahren zeigen aber, dass die Aufklärungs- und Verurteilungsquote auch in diesem Bereich sehr niedrig ist.

7. Rechtsextreme Straf- und Gewalttaten gegen Amts- und Mandatsträger*innen

Die Angriffe gegen Politiker*innen und politische Repräsentant*innen bewegen sich in Bayern weiterhin auf einem hohen Niveau. So wurden 2019 insgesamt 158 Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger*innen registriert. Auch die Zahl der Gewaltdelikte ist von acht im Jahr 2018 auf 20 im Jahr 2019 deutlich gestiegen. Die allermeisten Straf- und Gewalttaten sind dabei der rechtsextremen Szene und den sog. ‚Reichsbürgern‘ bzw. ‚Selbstverwaltern‘ zuzuordnen. Neonazis und Reichsbürger versuchen gezielt, mittels Beleidigungen, Bedrohungen, Verleumdung, Volksverhetzung, der Androhung von Straftaten und Sachbeschädigung Politiker*innen einzuschüchtern und so letztendlich die demokratische Willensbildung zu beeinflussen.

Im Jahr 2019 ist die Zahl der angezeigten rechtsextremen Straf- und Gewalttaten gegen Politiker*innen weiter auf 51 gestiegen (2018: 44). Hinzu kommen weitere 92 Straftaten, die als politisch nicht zuordbar gelten und größtenteils aus dem ebenfalls rechten Spektrum der ‚Reichsbürger‘ bzw. ‚Selbstverwalter‘ stammen. Diese Szene erkennt die staatlichen Strukturen der Bundesrepublik nicht an und verweigert staatlichen Behörden jegliche Anerkennung. Dabei greifen sie oft zum Mittel der Erpressung, Nötigung, Bedrohung und Beleidigung von Amts- und Mandatsträger*innen. Dem Spektrum der ‚Reichsbürger‘ werden 2019 insgesamt 69 Straftaten – darunter alle registrierten 20 Gewaltdelikte – gegen Amts- und Mandatsträger*innen zugeordnet.

Insgesamt dürfte die Dunkelziffer nicht angezeigter Straftaten auch in diesem Bereich erheblich sein. Dies belegen Umfragen der bayerischen kommunalen Spitzenverbände, wonach ein erheblicher Teil der kommunalen Mandatsträger*innen angibt, Opfer von Bedrohungen oder Beleidigungen geworden zu sein.

Die Aufklärungsquote ist auch bei diesen für unsere Demokratie gefährlichen Delikten deutlich zu niedrig. So konnten bei den 51 rechtsextremen Angriffen auf Politiker*innen nur in 17 Fällen Täter*innen ermittelt werden. In zwei Drittel der Fälle blieben die Täter*innen also unerkannt.

8. Reichsbürger-Szene in Bayern

Im Jahr 2019 ist das Personenpotenzial der sog. ‚Reichsbürger‘- und ‚Selbstverwalter-Szene‘ erstmals seit der Beobach-

tung durch die bayerischen Sicherheitsbehörden leicht von 4.200 Personen im Jahr 2018 auf 3.920 Personen gesunken. Der besonders aktive harte Kern der Szene besteht aus ca. 400 Personen. Seitdem ein selbsternannter ‚Reichsbürger‘ im Jahr 2016 bei einer Hausdurchsuchung einen Polizisten erschossen hat, hat der Repressionsdruck gegenüber der Szene deutlich zugenommen. Die leicht zurückgegangene Personenzahl könnte auch eine Folge dieses erhöhten Drucks sein.

Seit dem Polizistenmord in Georgensgmünd werden auch Straftaten wie Bedrohungen und Erpressungen von ‚Reichsbürgern‘ konsequenter verfolgt und die zahlreichen Waffenerlaubnisse von Personen aus der Szene nach und nach eingezogen. Insgesamt wurde seit 2016 221 Reichsbürgern die Waffenerlaubnis entzogen, wobei ein beachtliches Waffenarsenal von knapp 900 Waffen, überwiegend großkalibrige Schusswaffen, eingezogen wurde. Bei Neuansuchen auf einen Waffenerlaubnis wird diese bekannten Reichsbürgern in der Regel verweigert. Laut den bayerischen Waffenbehörden sind aber immer noch 28 Personen aus der Reichsbürgerszene im Besitz einer Waffenerlaubnis. Wir halten deshalb auch an unserer Forderung nach einer vollständigen Entwaffnung der Szene fest.



© Thomas Witzgall

Im Jahr 2019 wurden 32 öffentliche Veranstaltungen aus der rechten Szene registriert, überwiegend mit sehr geringer Teilnehmerzahl.

Im Jahr 2019 wurden 32 öffentliche Veranstaltungen aus der Szene registriert, überwiegend mit sehr geringer Teilnehmerzahl. Darunter auch zwei Versammlungen des im März 2020 von Innenminister Seehofer wegen seiner offen rechtsextremen Ausrichtung verbotenen Vereins ‚Geeinte deutsche Völker und Stämme‘ in Volkenschwand. Ein Schwerpunkt der Aktivitäten der Gruppierung ‚staatenlos‘



*Ein erheblicher Teil der Delikte richtet sich gegen öffentliche Amts- und Mandatsträger*innen. Hinzu kommen noch 81 Gewaltdelikte wie Erpressung, Körperverletzung und Widerstand gegen Polizeibeamte*

info' war die Stadt Nürnberg, wo bis zum Sommer 2019 lange wöchentliche Kundgebungen zur ‚Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit und Gegenwart‘ der Bundesrepublik stattfanden.

Obwohl zahlreiche Organisationen und Personen aus der ‚Reichsbürger-Szene‘ sich klar zu rechtsextremen Ideologien bekennen, werden nur 75 Personen aus der Szene von den Sicherheitsbehörden dem rechtsextremen Spektrum zugerechnet. Hier handelt es sich unseres Erachtens um eine klare Fehleinschätzung und Verharmlosung der ‚Reichsbürger-Szene‘. Die Leugnung der Existenz des Staates Bundesrepublik Deutschland, der Bezug auf unterschiedliche Varianten eines historischen ‚Deutschen Reiches‘ und die Nähe zu antisemitischen und rassistischen Verschwörungsideologien in großen Teilen der Szene halten wir für ausreichend, um große Teile der ‚Reichsbürger-Bewegung‘ dem rechtsextremen Spektrum zuzuordnen. Einzelne ehemalige oder noch aktive ‚Reichsbürger‘ sind auch Mitglieder oder Funktionäre in der AfD. Außerdem wurden gegen 18 Polizeibeamte und acht sonstige Staatsbedienstete Disziplinarverfahren und arbeitsrechtliche Maßnahmen wegen Bezügen zur Reichsbürger-Szene eingeleitet.

Im Jahr 2019 wurden insgesamt 151 Straftaten sog. ‚Reichsbürger‘ zur Anzeige gebracht. Überwiegend handelt es sich dabei um Nötigung, Beleidigung und Verleumdung. In einzelnen Fällen kam es aber auch zu Sachbeschädigungen,

Urkundenfälschungen, Bedrohungen und Volksverhetzungsdelikten. Ein erheblicher Teil der Delikte richtet sich gegen öffentliche Amts- und Mandatsträger*innen. Hinzu kommen noch 81 Gewaltdelikte wie Erpressung, Körperverletzung und Widerstand gegen Polizeibeamte. Die hohe Zahl an Gewaltdelikten zeigt das von der Szene ausgehende Gefahrenpotenzial. Gewalttaten werden in der Szene in der Regel als Notwehr gegen den Staat gerechtfertigt. Der starke Bezug zu rechten Verschwörungstheorien beinhaltet ein erhebliches Radikalisierungspotenzial. Ein geschlossenes verschwörungsideologisches Weltbild kann auch die Grundlage für schwerste Hassverbrechen sein, wie die rechtsextremen Anschläge in Halle und Hanau gezeigt haben.

9. ‚Voice of Anger‘ und die militante Skinheadszene im Allgäu

Im Allgäu hat sich bereits seit den 90er Jahren eine gut organisierte Skinheadszene etabliert. Seit dem Jahr 2002 existiert mit ‚Voice of Anger‘ dort die größte subkulturell orientierte Skinhead-Gruppierung in Bayern. ‚Voice of Anger‘ verfügt über mindestens 60 Mitglieder und eine professionelle Organisationsstruktur mit etlichen eigenen Immobilien. Die Gruppierung ist noch einmal in die vier Untersektionen Memmingen, Schwaben, Unterallgäu und Nomads gegliedert. Die Strukturen der Gruppe orientieren sich an

kriminellen Rockerclubs. So müssen Neuanwärter eine mindestens halbjährige Probezeit im sog. ‚Prospect-Status‘ durchlaufen, bevor sie eine Vollmitgliedschaft erhalten können.

Die Gruppe verfügt über ein eigenes Clubheim in einer ehemaligen Kleingartengaststätte in Memmingen. Dort finden auch regelmäßig Konzerte, Treffen und Veranstaltungen statt. So konnte ‚Voice of Anger‘ beispielsweise am 20. April 2019, dem Geburtstag Adolf Hitlers, dort völlig unbehelligt einen Liederabend mit dem rechtsextremen Musiker ‚Griffin‘ durchführen. ‚Voice of Anger‘-Aktivisten beteiligen sich auch international an Skinhead-Konzerten und sind bestens in der europäischen ‚Blood & Honour‘-Szene vernetzt.

Mit dem Versandhandel ‚Oldschool Records‘ in Wolfertschwenden / Unterallgäu des führenden ‚Voice of Anger‘-Aktivisten Benjamin Einsiedler, verfügt die Gruppe auch über ein eigenes Musiklabel und einen eigenen Versand für Tonträger und Merchandise-Artikel. Dort hat im vergangenen Jahr auch die bekannte britische Nazi-Band ‚Brutal Attack‘ ihr neues Album veröffentlicht. Die bereits 1979 in England gegründete Band gehört zu den Gründungsmitgliedern des militanten und in Deutschland verbotenen ‚Blood & Honour‘-Netzwerkes und genießt in der Szene Kultstatus. Brutal Attack ist anlässlich des Erscheinens ihrer neuen Platte dann auch im Oktober 2019 gemeinsam mit der ‚Voice of Anger‘-Hausband ‚Kodex Frei‘ im Clubheim der Gruppe aufgetreten. Mit ‚Kodex Frei‘, ‚Prolligans‘, ‚Schanddiktat‘ und ‚Faustrecht‘ existieren gleich vier bayerische Neonazibands im direkten Umfeld von ‚Voice of Anger‘. ‚Voice of Anger‘ ist mit Abstand der wichtigste rechtsextreme Konzertveranstalter in Bayern. So fanden allein die Hälfte aller 2019 in Bayern registrierten Neonazikonzerte in Memmingen im Clubheim der Gruppe statt.

‚Voice of Anger‘ ist allerdings nicht nur in der rechtsextremen Musikszene aktiv, sondern tritt auch regelmäßig mit politischen Aktionen öffentlich auf. So hat die Gruppe anlässlich des Volkstrauertages in den vergangenen Jahren zahlreiche Aktionen zum Heldengedenken für die Soldaten der deutschen Wehrmacht und der Waffen-SS durchgeführt. Aktivisten von ‚Voice of Anger‘ mischen auch in der rechten Kampfsportszene mit. Sie trainieren regelmäßig in privaten Kampfsportstudios in Memmingen und Augsburg. Die Gruppe verfolgt eindeutig eine nationalsozialistische und antisemitische Ausrichtung und Ideologie. Fotos zeigen Mitglieder von ‚Voice of Anger‘ bei einem Schießtraining, bei dem Fotos von Rabbinern bzw. orthodoxen Juden als Zielscheibe benutzt werden.

10. Trotz Verbot nicht tot: ‚Blood & Honour‘ und ‚Combat 18‘

Die militante Skinheadvereinigung ‚Blood & Honour‘ und ihr bewaffneter Arm ‚Combat 18‘ gehören international zu den gefährlichsten rechtsextremen Gruppierungen. In Deutschland wurde ‚Blood & Honour‘ (B&H) bereits im Jahr 2000 verboten. Doch trotz des Verbotes gab es seitdem verschiedene Versuche die Organisation als konspiratives Netzwerk fortzuführen. Bei allen diesen illegalen Vernetzungen war Bayern stets ein organisatorisches und personelles Zentrum. Bei ‚Combat 18‘ (C18) handelt es sich um den militanten Kern von ‚Blood & Honour‘. Obwohl C18 sich selbst als ‚bewaffneter Arm‘ von B&H bezeichnet, wurde die Organisation erst im Januar 2020 in Deutschland verboten. Warum die Sicherheitsbehörden mit diesem überfälligen Schlag gegen C18 20 Jahre gewartet haben, bleibt absolut unverständlich.

Die Erkenntnisse der bayerischen Sicherheitsbehörden über B&H und C18 sind mehr als dürftig. So sollen laut Auskunft der Staatsregierung bis zum Verbot im Jahr 2000 die beiden bayerischen B&H Sektionen in Bayern und Franken jeweils nur aus zehn Personen bestanden haben. Die Sektion Bayern wird ausschließlich im Raum Amberg verortet und die Sektion Franken lediglich mit Sitz in Bamberg. Zur B&H Bayern gehörten jedoch neben der Gruppe um den Sektionschef Thorsten K. in Amberg auch Gruppen aus dem Raum Nürnberg, aus Augsburg um den stellvertretenden Sektionsleiter Joachim S. und dem Allgäu um die Band ‚Faustrecht‘ und die Gruppierung ‚Skinheads Allgäu‘. B&H Franken um den Sektionsleiter Bernd P. aus Bamberg hatte Mitglieder aus dem gesamten oberfränkischen Raum mit Bamberg, Kronach, Coburg und Sonneberg als Schwerpunkten. Außerdem gab es Mitglieder aus der Oberpfalz mit einem Schwerpunkt um die Band ‚Hate Society‘ und die ‚Boot Boys Schwabach‘. Die beiden Sektionen in Bayern und Franken hatten jeweils deutlich mehr Mitglieder als von der Staatsregierung angegeben.

Die Staatsregierung behauptet ferner, es gebe keine nachweisbaren Strukturen von C18 in Bayern. Auch diese Behauptung entspricht nicht den Tatsachen. B&H Franken um Bernd P. aus Bamberg und Matthias G. aus Schwabach traten bis zum Verbot im Jahr 2000 offen als Teil der internationalen C18-Struktur auf. Ihre Bands ‚Hate Society‘ und ‚Soldiers of Freedom‘ galten als C18 Bands. Ihr militanter Arm ‚White Unity‘ war als C18-Schlägertruppe berüchtigt. Außerdem gab es im Nürnberger Raum eine eigenständige C18-Gruppe um Christian K. aus Erlangen und Christian W. aus Nürnberg. Auch diese Gruppe hatte mit dem Ordnungsdienst ‚Strikeforce‘ einen eigenen militanten Arm. Beide Gruppen spielten eine wichtige Rolle bei der konspirativen Fortführung der Geschäfte von B&H in Bayern.

Ab dem Jahr 2003 wurde mit der ‚Division 28‘ eine bundesweite Nachfolgeorganisation von B&H gegründet. Im Jahr 2006 kam es zu einer Razzia gegen die Strukturen der ‚Division 28‘. Das Ermittlungsverfahren wegen Fortführung einer verbotenen Organisation richtete sich bundesweit gegen 83 Personen, 37 davon kamen aus Bayern. Betroffen waren die Gruppen ‚Trouble Crew‘ aus Ansbach, ‚White Unity‘ aus dem bayerischen Odenwald, eine Sektion im Landkreis Rottal-Inn und eine Gruppe aus dem Raum Fürstenfeldbruck. Nach der Razzia und den anschließenden Prozessen zerfällt die ‚Division 28‘ auch aufgrund interner Streitigkeiten.

Im Jahr 2012 kommt es dann zu einer konspirativen Neugründung von B&H/C18 in Deutschland um den bekannten Neonazikader Thorsten H. aus Thüringen. An dieser Neugründung waren von Anfang an bayerische Neonazis beteiligt. Die bayerische Sektion des Netzwerks arbeitete sehr konspirativ. Sie hatte einen Schwerpunkt im oberbayerisch-österreichischen Grenzland. Der mutmaßliche Chef der bayerischen Sektion kam aus Bad Reichenhall. Weitere führende Mitglieder stammen aus Oberaudorf im Inntal und aus Schliersee.

Im Dezember 2018 kam es zu einer bundesweiten Razzia wegen des Verstoßes gegen das Vereinsverbot von B&H. Acht von 15 durchsuchten Objekten lagen damals in Bayern. Durchsuchungen gab es in Geiselhöring (Niederbayern), Rauhenebrach (Unterfranken) und in Oberbayern in Oberaudorf, Bad Reichenhall und Schönau am Königsee. Die bayerische Sektion soll die mitgliederstärkste in ganz Deutschland gewesen sein. Dem Netzwerk ging es auch um die kommerzielle Verwertung der Marke B&H. Sie sollen illegale Tonträger produziert und vermarktet haben, darunter auch den berüchtigten Sampler ‚Combat 18 Deutschland‘. Das Ermittlungsverfahren der Generalstaatsanwaltschaft in München soll noch mindestens bis zum Herbst 2020 dauern.

Deutsche B&H/C18 Angehörige führten im September 2017 ein Schießtraining im tschechischen Ort Cheb Nahe der bayerischen Grenze durch und wurden im Anschluss von der GSG 9 durchsucht, wobei illegal eingeführte Munition beschlagnahmt wurde. Bei den Festgenommenen handelte es sich um Mitglieder der C18 Sektion um Stanley R. aus Kassel. An dieser Sektion waren auch die Neu-Ulmer Alexander N. und Manuel W. beteiligt. Schießtrainings gehören zur Aufnahme-prozedur bei B&H/C18. Sie fanden in den vergangenen Jahren nicht nur in Tschechien, sondern auch in Vorarlberg/Österreich, in der Schweiz und in Ungarn statt.

Im Juli 2019 wurden bundesweit Drohbriefe im Namen von B&H und C18 an Moscheen, islamische Einrichtungen, Parteizentralen und Medienadressen versandt. Auch hier sind viele bayerische Einrichtungen und die Grünen

Politiker*innen Claudia Roth und Cem Özdemir betroffen. Die strafrechtlichen Ermittlungen der Generalstaatsanwaltschaft München sind auch in diesem Fall noch nicht abgeschlossen.

Dass die B&H Szene in Bayern trotz der Repression weiterhin sehr aktiv und gut organisiert ist, sieht man auch an zwei Konzertveranstaltungen, die im Oktober 2019 stattfanden bzw. stattfinden sollten. Am 11. Oktober organisierte die Allgäuer Skinheadgruppierung ‚Voice of Anger‘ ein Konzert mit der britischen Band ‚Brutal Attack‘, die zu den Gründungsmitgliedern des internationalen B&H-Netzwerks gehört. ‚Brutal Attack‘ hat ihr neues Album dann auch beim Allgäuer Label ‚Oldschool Record‘ aufgenommen, welches einem führenden Aktivist von ‚Voice of Anger‘ gehört. Außerdem sollte am 12. Oktober, als Ersatzveranstaltung für ein in Ellwangen verbotenes Konzert, im Raum Ansbach ein hochkarätiges Konzert zu Ehren des B&H Gründers Ian Stuart Donaldson stattfinden. Das Konzert, auf dem B&H Bands aus Deutschland, Finnland, Schweden und Italien auftreten sollten, wurde durch polizeiliche Maßnahmen verhindert. Als Veranstalter beider Konzerte trat Matthias G. aus Ansbach auf, ein langjähriger Aktivist aus den bayerischen B&H Untergrundstrukturen.

Es ist also eine grandiose Verharmlosung, wenn die bayerischen Behörden die Situation so darstellen, als seien B&H und C18 in Bayern quasi nicht existent.

11. Rechtsterroristische Vereinigungen ‚Atomwaffen Division‘ und ‚Feuerkrieg Division‘

Im Jahr 2015 gründete sich in den USA eine neue rechtsterroristische Vereinigung unter dem deutschen Namen ‚Atomwaffen Division‘ (AWD). Die AWD gilt gegenwärtig International als eine der gefährlichsten rechtsterroristi-



Nicht nur in Europa gibt es rechtsextreme Gruppen und Vereinigungen mit deutschen Namen.

schen Vereinigungen. Sie ruft offen zum ‚Rassenkrieg‘ und zum bewaffneten Kampf auf, verherrlicht rechte Attentäter wie den australischen ‚Christchurch‘-Attentäter Brenton Tarrant und veranstaltet regelmäßig paramilitärische Kampf- und Schießtrainings. Ihre Anhänger werden in den USA für mindestens fünf Morde verantwortlich gemacht.

Spätestens seit dem Sommer 2018 existiert auch ein deutscher Ableger der AWD. In einem deutschsprachigen Propagandavideo wird seit Juni 2018 im Internet zu einer Gründung der Organisation in Deutschland aufgerufen. In dem Video tritt ein verummter Neonazi u.a. vor dem Hintergrund der Wewelsburg in der Nähe von Paderborn auf. Die Wewelsburg wurde im Nationalsozialismus von Heinrich Himmler zur SS-Ordensburg ausgebaut. Ab Ende 2018 tauchten Flugblätter der AWD in Berlin, Frankfurt und Köln auf, in denen u.a. zum ‚totalen Bürgerkrieg‘ sowie zum Mord an Muslimen, Imamen und Rabbinern aufgerufen wird. Grüne Politiker*innen wie Cem Özdemir und Claudia Roth erhielten Morddrohungen im Namen der AWD. In den Drohbriefen ist auch von einer ‚Todesliste‘ der Gruppe die Rede.

Offensichtlich gibt es enge Kontakte zwischen der AWD in den USA und ihrem deutschen Ableger. Die Vernetzung erfolgt auch über Internetforen wie ‚Iron March‘ und ‚Facist Forge‘. Im November 2019 verweigerten deutsche Sicherheitsbehörden einem führenden Aktivist der amerikanischen AWD die Einreise in die Bundesrepublik. Kyle M. hatte offensichtlich Kontakte zur nationalsozialistischen Black Metal Szene in Deutschland um Thüringer Hendrik M. und seine Band ‚Absurd‘. Thüringer Neonazis aus dem Umfeld des ‚Nationalen Aufbaus Eisenach‘ und des ‚Antikapitalistischen Kollektivs Thüringen‘ sollen hinter der Produktion des deutschen Propagandavideos stecken. Dort werden u.a. auch Videoaufnahmen von Aktionen des ‚Antikapitalistischen Kollektivs‘ gezeigt.

Ein bayerischer Neonazi soll sich in der Vergangenheit auch an Schießtrainings von Personen aus dem Umfeld der Gruppe beteiligt haben. Offensichtlich gibt es also auch Verbindungen der AWD nach Bayern. Leider macht die Staatsregierung in unserer Anfrage aus Gründen des Geheimschutzes keine Angaben zur Mitgliederzahl und Organisationsstruktur der AWD. Experten gehen aber von ein bis zwei Dutzend Mitgliedern der AWD in Deutschland aus.

Die ‚Feuerkrieg Division‘ (FKD) entstand als Abspaltung zur AWD. Sie soll in Deutschland mindestens ein halbes Dutzend Mitglieder haben. Der mutmaßliche Anführer der ‚Feuerkrieg Division‘ wurde am 05. Februar 2020 im oberpfälzischen Landkreis Cham verhaftet. Ihm wirft die Generalstaatsanwaltschaft München die Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat vor. Die Verhaftung des 22-jährigen Mannes wurde aus ermittlungstaktischen

Gründen über mehrere Wochen vor der Öffentlichkeit geheim gehalten. Bei ihm wurde ein ganzes Arsenal an Waffen sichergestellt. Der Beschuldigte war im Besitz einer Waffenerlaubnis.

Leider verweigert die Staatsregierung auch bei der FKD alle Angaben über Aktivitäten, Organisationsstruktur, Mitgliederzahl und zu dem von der Gruppe ausgehenden Gefährdungspotenzial. Sie behauptet sogar, dass zu keinem Zeitpunkt eine Gefährdung der Bevölkerung bestand. Das halten wir für eine unverantwortliche Verharmlosung der realen Bedrohungslage. Unseres Erachtens müssen sowohl die ‚Atomwaffen Division‘ als auch die ‚Feuerkrieg Division‘ als terroristische bzw. kriminelle Vereinigungen verfolgt und zerschlagen werden.

12. Feindes- bzw. Todeslisten von Rechtsextremisten und ‚Prepper-Gruppen‘

Den bayerischen Sicherheitsbehörden sind gegenwärtig 15 unterschiedliche rechtsextreme ‚Feindeslisten‘ bekannt. Auf diesen Listen sammeln Neonazis Informationen über politische Gegner*innen, prominente Politiker*innen und Angehörige gesellschaftlicher Minderheiten, die sie als potenzielle Angriffsziele ansehen. Nach der Enttarnung des ‚Nationalsozialistischen Untergrunds‘ (NSU) wurde in dem Wohnhaus der Gruppe u.a. eine Liste mit 10.000 Namen gefunden. Auch andere Gruppen wie ‚Hooligans gegen Antifa‘ und Einzelpersonen haben solche ‚Feindeslisten‘ angelegt. Insgesamt sind fast 85.000 Personen auf diesen Listen vermerkt. Davon sind mindestens 2.000 Personen aus Bayern. Auch im Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen den Verein ‚Uniter e.V.‘ und die in seinem Umfeld agierenden Chatgruppen ‚Nordkreuz‘ und ‚Südkreuz‘ wurden diverse Feindeslisten und Datensätze mit personenbezogenen Informationen sichergestellt. Im Verein ‚Uniter‘ haben sich ehemalige Bundeswehrangehörige – vor allem aus der Eliteeinheit Kommando Spezialkräfte – und Angehörige unterschiedlicher Polizeieinheiten organisiert.

In den Chatgruppen ‚Nordkreuz‘ und ‚Südkreuz‘ hat sich ein Teil der Uniter-Mitglieder auf den sog. ‚Tag X‘ vorbereitet, an dem die staatliche Ordnung zusammenbricht und der Verein die Macht an sich reißt. Die Feindeslisten sollten dazu dienen unliebsame Politiker*innen, prominente Medienschaffende und engagierte Personen aus der Zivilgesellschaft an einem solchen Tag X zu entführen und zu liquidieren.

Zu diesem Zweck haben Mitglieder der Chatgruppen bereits Waffenlager mit gestohlenen Waffen aus Bundeswehr- und Polizeibeständen angelegt und Leichensäcke sowie Lösch-

kalk für das Anlegen von Massengräbern bestellt. Auf den Listen von ‚Nordkreuz‘ und Co. sind über 1.000 Personen mit Wohnsitz in Bayern vermerkt. Erschreckender Weise werden diese Listen von den Sicherheitsbehörden nicht der rechtsextremen politischen Kriminalität zugeordnet. Sie tauchen also nicht bei den 15 bekannten rechtsextremen ‚Feindeslisten‘ auf. BKA und LKA weigern sich sogar überhaupt von ‚Feindes-‘ oder ‚Todeslisten‘ zu sprechen.

Während im Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen den ‚Nationalsozialistischen Untergrund‘ alle 1.053 Personen mit Wohnsitz in Bayern zeitnah durch das bayerische LKA über ihre Listung informiert wurden, verweigert die Staatsregierung im Fall der ‚Nordkreuz-Listen‘ eine Information der betroffenen Personen in Bayern. Die Information der Personen auf den NSU-Listen erfolgte damals obwohl keine konkrete Gefährdung der Betroffenen angenommen wurde.

Im Fall von ‚Nordkreuz‘ wird nun eine Information der betroffenen Personen mit dem Argument, es läge keine konkrete Gefährdung vor, verweigert. Demgegenüber hat der Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern alle 1.200 Personen mit Wohnsitz in dem Bundesland über ihr Auftauchen auf den Listen der Gruppe informiert. Die Bundesanwaltschaft ermittelt schließlich wegen der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Straftat gegen die Gruppe. Das Vorgehen der bayerischen Behörden erscheint insofern willkürlich und sachlich nicht gerechtfertigt.

Die Daten zu den Personen mit Wohnsitz in Bayern wurden dem bayerischen LKA schon im Sommer 2017 vom BKA mit der Bitte, die Betroffenen in geeigneter Weise zu informie-

ren und zu sensibilisieren, übermittelt. Auch der von einem bekannten Neonazi ermordete Kasseler Regierungspräsident Walter Lübcke befand sich auf einer der sichergestellten Listen. Trotzdem konnten die Sicherheitsbehörden in Bund und Land sich nicht zu einer Neubewertung der Gefährdungsprognosen durchringen. Die bayerischen Sicherheitsbehörden müssen umgehend alle gelisteten Personen informieren, Beratungsgespräche anbieten und Gefährdungsansprachen durchführen. Im Falle einer konkreten Bedrohung sind weitergehende polizeiliche Schutzmaßnahmen erforderlich.

13. Entwaffnung der rechtsextremen Szene

Nach den rechtsextremen Mordanschlägen auf den Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke, die Synagoge in Halle, bei dem zwei Menschen getötet wurden, und dem Massaker an Besuchern von Shisha-Bars in Hanau, hat der politische Druck für eine schnelle und konsequente Entwaffnung der rechtsextremen Szene stark zugenommen. Der mutmaßliche Mörder von Walter Lübcke hat gemeinsam mit einem an der Tat beteiligten ‚Kameraden‘, welcher Mitglied in einem Kasseler Schützenverein war, am dortigen Schießstand den Umgang mit Schusswaffen trainiert. Bei dem Komplizen wurde ein ganzes Arsenal an Waffen sichergestellt.

Auch der Attentäter von Hanau war Mitglied in einem Münchener Schützenverein und im legalen Besitz mehrerer Schusswaffen. Trotz seiner schweren psychischen Erkrankung und einem manifesten Hang zu rechtsextremen Ver-



Foto: Thomas Witzgall

Wir fordern die Entwaffnung der rechtsextremen Szene.

schwörungstheorien hatte er kein Problem bei der Beantragung und Genehmigung einer Waffenerlaubnis.

Nach den Anschlägen von Kassel und Halle ist nun endlich das Waffenrecht verschärft worden. Bei der Neubeantragung einer Waffenerlaubnis müssen die Waffenbehörden nun eine Regelanfrage beim Verfassungsschutz starten. Die Mitgliedschaft in einer rechtsextremen Vereinigung reicht zukünftig aus, um in der Regel von einer Unzuverlässigkeit des Antragstellers im Sinne des Waffenrechts auszugehen. Nun kommt es darauf an, diese Verschärfungen im Waffenrecht auch zügig und konsequent umzusetzen.

Allen bekannten Rechtsextremisten mit einer Waffenerlaubnis muss diese umgehend wieder entzogen werden. Bei Neuansuchen muss die Erteilung einer Waffenerlaubnis durch die zuständigen Waffenbehörden verweigert werden.

Zuletzt war die Zahl der Neonazis mit einer Waffenerlaubnis in Bayern stark gestiegen, von 136 im Jahr 2017 auf 191 im Jahr 2018. Im Jahr 2019 ist die Zahl nun wieder stark auf 89 Personen gesunken. Dabei ist die Zahl der Inhaber einer Waffenbesitzkarte, die zum Besitz von scharfen Schusswaffen berechtigt, von 89 im Jahr 2018 auf 45 im Jahr 2019 gesunken. Auch die Zahl der Inhaber eines kleinen Waffenscheins, der zum Besitz von Schreckschuss-, Reizstoff- und Signalwaffen berechtigt, ist von 112 im Jahr 2018 auf 52 im Jahr 2019 gesunken. Dieser Trend ist äußerst positiv.

Wir fordern jedoch darüber hinaus die vollständige Entwaffnung der rechtsextremen Szene. Gewaltbereite Neonazis dürfen nicht legal in den Besitz potenziell tödlicher Waffen gelangen. Nach Entzug der Waffenerlaubnis sind alle legal erworbenen Waffen umgehend einzuziehen. Auch der Zugang der rechten Szene zu illegalen Waffen muss konsequent unterbunden werden. Immer wieder kommt es im Zuge von polizeilichen Ermittlungen zur Beschlagnahme umfangreicher Waffenlager von Rechtsextremisten. Leider kann die Staatsregierung keine Angaben dazu machen, wie viele legal und illegal erworbene Waffen in den vergangenen Jahren bei bekannten Neonazis beschlagnahmt wurden.

Immer noch besitzen 28 Personen aus der ‚Reichsbürger‘- und ‚Selbstverwalterszene‘ eine Waffenerlaubnis. Der von einem Reichsbürger im Jahr 2016 begangene Mord an einem Polizisten im bayerischen Georgensgmünd beweist die Gefährlichkeit dieser lange nicht ernstgenommenen Szene. Der Mord an dem SEK-Beamten ereignete sich bei der versuchten Beschlagnahme des Waffenarsenals des Täters, der lange im Besitz einer Waffenerlaubnis war. Wir fordern deshalb auch die vollständige Entwaffnung aller ‚Reichsbürger‘ und ‚Selbstverwalter‘ in Bayern.

14. Wodans Erben: Rassistische und rechtsextreme Bürgerwehren

Rechtsextreme und rassistische ‚Bürgerwehren‘ schüren Angst vor Geflüchteten und Migrant*innen. Sie stellen mit ihrem martialischen und uniformierten Auftreten das staatliche Gewaltmonopol in Frage und versuchen, mit ihrer Präsenz im öffentlichen Raum, vermeintlich oder tatsächlich nichtdeutsche Personen und politische Gegner einzuschüchtern. Insgesamt wurden den bayerischen Sicherheitsbehörden im Jahr 2019 32 Streifengänge rechtsextremer Bürgerwehren in elf bayerischen Städten bekannt. Durch ihre Patrouillengänge spielen sich die Bürgerwehren als Garanten der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf.

Die meisten Streifengänge gehen dabei auf das Konto der Gruppierung ‚Wodans Erben Germanien‘, einer bayerischen Abspaltung der international agierenden Bürgerwehr ‚Soldiers of Odin‘. Der Schwerpunkt der Streifengänge lag dabei eindeutig auf der Landeshauptstadt München. Der Verfassungsschutz ordnet Wodans Erben ein Personenpotenzial von rund 20 Personen zu. Anfang des Jahres 2019 führten Wodans Erben mehrere gemeinsame Aktionen mit Aktivist*innen der ‚Schutzzonekampagne‘ der NPD durch. Am spektakulärsten war sicherlich der gemeinsame Fackelmarsch auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände in Nürnberg im Februar 2019, der mit einer gemeinsamen Aufstellung an der Tribüne des Geländes endete. Die Aktion wurde mit einem Video auf dem Nürnberger ‚Patriot TV‘ Kanal dokumentiert. Zuvor hatte die Gruppe versucht auf das Gelände einer in der Nähe liegenden Asylbewerberunterkunft zu gelangen, wurde aber von der Polizei daran gehindert, die Unterkunft zu betreten.

Die Gruppe ‚Vikings Security Germania‘ hat sich ebenfalls aus ‚Soldiers of Odin‘ abgespalten. Sie trat im März 2019 noch mit einem Patrouillengang in Landshut auf. Seit Juli 2019 führt die Gruppierung keine Streifengänge mehr durch, da sie laut eigenen Angaben nicht mehr für die Sicherheit der Teilnehmenden garantieren könne. Keiner dieser ‚Streifengänge‘ wurde vorher bei den Behörden angemeldet. Es ist deshalb von einer erheblichen Dunkelziffer nicht entdeckter Streifengänge auszugehen.

Die Strukturen der rechtsextremen Bürgerwehren, mit Präsidenten, Anwärtern, Sicherheitsbeauftragten und der Aufteilung in Chapter, orientieren sich am Aufbau krimineller Ruckerclubs. Sie verherrlichen offen den Nationalsozialismus, wie der Fackelmarsch auf dem Reichsparteitagsgelände und das Zeigen des ‚Hitlergrußes‘ bei Streifengängen beweisen. Durch Aktionen vor oder in Asylbewerberunterkünften sollen Geflüchtete bedroht und eingeschüchtert werden. Rechtsextreme Bürgerwehren sind ein Bindeglied zwischen traditionellen Neonazis aus dem Umfeld von NPD, PEGIDA

oder ‚Dritten Weg‘ und dem Rocker- und Hooligan-Milieu. Die Bürgerwehren zeichnen sich durch eine hohe Gewaltaffinität und eine Vorliebe für Waffen jeglicher Art aus. Ihre aggressive Rhetorik versuchen sie auch in der Praxis umzusetzen. So wurden im Zusammenhang mit der neuen rechtsterroristischen Gruppe „Der harte Kern“ um den Augsburger Werner S. auch der Präsident des bayerischen Ablegers von ‚Wodans Erben Germanien‘ und der Sicherheitsbeauftragte der Gruppe, der sog. ‚Sergeant of Arms‘, verhaftet. Andere Mitglieder der Terrorgruppe waren Aktivisten der Bürgerwehr ‚Vikings Security Germania‘ in Sachsen-Anhalt. Die Gruppe plante u.a. Anschläge auf Moscheen und Attentate auf Grünen-Politiker*innen. Sie wollte in zehn Bundesländern gleichzeitig losschlagen und durch blutige Anschläge das Klima für einen Bürgerkrieg schaffen. Offensichtlich dienten die rechtsextremen Bürgerwehren der neuen Terrorgruppe um Werner S. als wichtige Rekrutierungsbasis für ihre geplanten Aktionen.

Seit August 2017 propagiert auch die NPD die Errichtung sog. ‚Schutzzonen‘ für Deutsche. Die NPD behauptet dabei wegen der angeblich steigenden Gewalt durch Migrant*innen eine ‚Notwehrsituation‘, die sie zu eigenmächtigem Handeln legitimiere. Zur Bewerbung der Aktion hat die NPD einen eigenen Internetshop gegründet, in dem sich Aktivisten mit einheitlichen Westen und Mützen mit dem Schutzzoneologo sowie mit Reizgas und einem Taschenalarm ausrüsten können. Die NPD hat im Rahmen ihrer ‚Schutzzonekampagne‘ Anfang des Jahres Streifengänge in Nürnberg und Amberg durchgeführt. Außerdem gab es mehrere gemeinsame Aktionen mit Wodans Erben Germanien in Nürnberg und München (s.o.).

Auch die Neonazipartei ‚Der Dritte Weg‘ hat im Jahr 2019 immer wieder in verschiedenen Städten sog. ‚Nationale Streifengänge‘ durchgeführt. Solche Streifengänge gab es in München, Petershausen, Augsburg und Memmingen. Die Teilnehmerzahl an diesen Aktionen war aber in der Regel immer sehr gering.

15. Rechtsextreme Tendenzen bei der AfD und der Jungen Alternative

Im Januar 2019 wurde die gesamte AfD durch das Bundesamt für Verfassungsschutz aufgrund rechtsextremer Tendenzen in der Partei zum ‚Prüffall‘ erklärt. Die Parteijugend ‚Junge Alternative‘ und der völkisch-nationale ‚Flügel‘ der Partei wurden zeitgleich zum ‚Verdachtsfall‘ erklärt und dürfen seitdem mit nachrichtendienstlichen Mitteln beobachtet werden.

Bereits vor ihrem Einzug in den Landtag wurden die drei Landtagsabgeordneten Uli Henkel, Andreas Winhart und

Ralf Stadler aufgrund rechtsextremer und rassistischer Äußerungen durch den bayerischen Verfassungsschutz beobachtet. Aufgrund der strengen Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts wurde die Beobachtung der drei Abgeordneten Anfang 2019 eingestellt. Laut Verfassungsgericht ist eine Beobachtung von Abgeordneten nur zulässig, wenn diese ihr Mandat aktiv zum Kampf gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung missbrauchen. Auch drei Bezirksräte der AfD werden durch den bayerischen Verfassungsschutz beobachtet.

Seit Januar 2019 betrifft die Beobachtung auch die gesamte Jugendorganisation ‚Junge Alternative‘ (JA). Die JA hat in Bayern 120 Mitglieder. Neben dem Landesverband verfügt die JA in Oberbayern, Franken, Schwaben und Ostbayern über Bezirksverbände. Die JA Bayern hat starke Sympathien für den völkisch-nationalistischen ‚Flügel‘ der Partei. Mit Björn Höcke und Andreas Kalbitz haben prominente Vertreter des ‚Flügels‘ auf Veranstaltungen der JA in Bayern gesprochen. Björn Höcke war der Hauptredner auf einem politischen Frühschoppen, den die JA am 05. Mai 2019 mit 200 Besuchern in München veranstaltet hat. Dort bezeichnete Höcke die Bundesrepublik als perversen und dekadenten Staat und beschwor einen Existenzkampf des deutschen Volkes gegen den drohenden Kultur- und Zivilisationsbruch durch die Einwanderung aus dem vorderasiatischen Raum.

Die JA zeichnet sich insgesamt durch eine migrations- und islamfeindliche Haltung aus. Sie vertritt einen ethnisch-homogenen Volksbegriff und beschwört immer wieder einen angeblich drohenden ‚Bevölkerungsaustausch‘ durch Muslime. Menschen, die nicht zu dem kulturell-homogenen Volk gezählt werden, spricht die JA die Menschenwürde ab. Damit orientiert sich die JA an zentralen Narrativen der neuen völkischen Bewegung in Deutschland. So überrascht es nicht, dass Funktionäre der JA enge Verbindungen zur neu-rechten Identitären Bewegung unterhalten. Außerdem sind einzelne Funktionäre der JA in rechtsextremen Burschenschaften wie der Danubia in München oder der Markomania Wien zu Deggendorf organisiert.

Auch die Hochschulgruppe der AfD ‚Campus Alternative‘ ist als Untergruppierung der JA dem völkisch-nationalen Flügel der Partei zuzurechnen. Im Jahr 2019 existierte lediglich in Passau eine aktive Gruppe der Campus Alternative, deren Mitglieder sich zum Teil aus der rechtsextremen Burschenschaft ‚Markomania Wien zu Deggendorf‘ rekrutierten.

Der völkisch-nationale ‚Flügel‘ der AfD unterliegt seit Januar 2019 ebenfalls der Beobachtung durch den Verfassungsschutz. Allerdings werden dem ‚Flügel‘ in Bayern durch den Verfassungsschutz nur 110 Personen zugerechnet. Diese Zahl ist mit Sicherheit deutlich zu niedrig angesetzt. So hatte die AfD in Bayern schon im Januar 2019 5.100 Mit-

glieder. Der ‚Flügel‘ dominiert die Landtagsfraktion der AfD und konnte sich nach schweren internen Verwerfungen im September 2019 bei den Vorstandswahlen auf ganzer Linie durchsetzen. Und auch im Landesvorstand der AfD spielt der ‚Flügel‘ eine wichtige Rolle. Diese Dominanz innerhalb von Partei und Fraktion wäre mit einem Personenpotenzial von 110 Mitgliedern überhaupt nicht erklärbar. Im Mai 2019 fand zudem ein wichtiges süddeutsches Flügeltreffen mit 450 Teilnehmern im fränkischen Greding statt.

Auch der ‚Flügel‘ orientiert sich an einem ethnisch-homogenen Volksbegriff und grenzt vermeintlich ‚Kulturfremde‘ als nicht integrierbar aus. Er benutzt den der nationalsozialistischen Volkstumspolitik entnommenen Begriff der ‚Umvolkung‘ um eine angeblich systematische Zerstörung des gewachsenen deutschen Volkes zu denunzieren. Prominente Vertreter des ‚Flügels‘ provozieren immer wieder durch antisemitische und islamfeindliche Äußerungen. Sie relativieren die Verbrechen des Nationalsozialismus, stellen das staatliche Gewaltmonopol infrage und machen den Parlamentarismus und seine Repräsentanten verächtlich. In seiner Rede beim Flügeltreffen in Greding knüpfte Höcke an antisemitische Verschwörungstheorien der Neuen Rechten in Bezug auf den jüdischen Milliardär und Philanthrop George Soros an. Er polemisierte gegen den „volkszerstörenden und als pervers zu bezeichnenden Ungeist eines George Soros“ und diffamierte Bundeskanzlerin Merkel als „Soros-Kundin“. Der Flügel lehnt die bundesdeutsche Erinnerungs- und Gedenkkultur in Bezug auf den historischen Nationalsozialismus grundsätzlich ab und fordert „eine erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“.

16. Identitäre Bewegung in Bayern

Bei der Identitären Bewegung (IB) handelt es sich um einen wichtigen außerparlamentarischen Akteur der sog. ‚Neuen Rechten‘ in Deutschland. Sie besteht in Bayern aus drei Sektionen, der IB Bayern, der IB Franken und der IB Schwaben. Die IB Schwaben hat in den letzten beiden Jahren die meisten Aktivitäten entwickelt. Ihr regionale Schwerpunkt liegt dabei in Nordschwaben in der Region um Augsburg und Donauwörth. Im Zentrum ihrer Aktivitäten standen Aktionen gegen das ANKER-Zentrum in Donauwörth und dessen Außenstellen. Die IB Bayern forderte mit einer Plakatkampagne unter dem Motto ‚go home Der Krieg ist vorbei‘ syrische Geflüchtete zur Heimreise auf. Außerdem beteiligte sie sich in einer ‚False-Flag-Aktion‘ in München an zwei Demonstrationen demokratischer sozialer Bewegungen, u.a. im Mai 2019 anlässlich der Europawahl an einer Demonstration für ein Europa für alle und gegen Nationalismus. Die IB Franken hat im Jahr 2019 keine bemerkenswerten Aktivitäten entwickelt. Der harte Kern der IB in Bayern besteht aus ca. 80 Personen.

In den letzten beiden Jahren ist es der IB kaum noch gelungen, mit spektakulären und medienwirksamen Aktionen auf sich aufmerksam zu machen. Statt provokativer Aktionen zivilen Ungehorsams verlegt sich die IB zunehmend auf die Verteilung von Flyern und die Organisation von Infoständen, die dann rhetorisch zu ‚Identitären Zonen‘ aufgeblasen werden. Neu ist dabei, dass sich die Aktivisten der IB an diesen Infoständen offen zu erkennen geben. Alle drei bayerischen Sektionen haben sich im März 2019 mit kleinen Aktionen an der Identitären Aktionswoche zum Thema ‚Remigration‘ beteiligt. Unter ‚Remigration‘ versteht die IB die Rückführung hier lebender Migrant*innen und Geflüchtete in ihre Herkunftsländer. Zur Flankierung dieser Aktivitäten hat die IB unter dem Titel ‚Alternative Help Association‘ (AHA) eine angebliche humanitäre Hilfsorganisation gegründet, welche mit propagandistischen Aktionen in Flüchtlingslagern im Libanon und in kleineren syrischen Städten syrische Geflüchtete zur Rückkehr in ihre Heimat bewegen will.

Die IB in Bayern unterhält persönliche Kontakte zu den rechtsextremen Burschenschaften ‚Danubia‘ in München, ‚Markomannia‘ in Passau und ‚Frankonia‘ in Erlangen. In den Räumen der Danubia fand im Juli 2019 auch eine Veranstaltung zur ‚Entwicklungshilfe von rechts in Syrien‘ mit Sebastian Z., einem führenden bayerischen Aktivisten der AHA, statt.

Außerdem strebt die IB auch eine strategische Vernetzung mit der ‚Jungen Alternative‘, der Jugendorganisation der AfD, an. Aktivisten der IB Schwaben und IB Bayern haben im Mai 2019 auch am süddeutschen Vernetzungstreffen des völkischen ‚Flügels‘ der AfD im fränkischen Greding teilgenommen. Zur JA und dem völkischen Flügel der AfD bestehen mit der rassistischen Kampagne zur ‚Remigration‘ und dem Kampf gegen eine angebliche Islamisierung auch große ideologische Schnittmengen. In der IB Ortsgruppe in Amberg sind zudem einige ehemalige Aktivisten der Neonazipartei ‚Der Dritte Weg‘ aktiv. Dies widerspricht der von der IB behaupteten strikten Abgrenzung zum traditionellen Neonazi-Spektrum.

Die IB Bayern unterhält traditionell gute Kontakte zur IB Österreich unter Führung von Martin Sellner. Außerdem gibt es Kontakte zur französischen ‚Génération Identitaire‘. Bayerische Aktivisten haben sich an den Sommerakademien der Génération Identitaire und an einer Aktion ‚Defend Europe‘ zur Verteidigung der europäischen Grenzen in den französischen Alpen beteiligt.

Im Juni 2018 haben Facebook und Instagram einen Großteil der Profile der IB gelöscht. Das ist ein schwerer Schlag für die Öffentlichkeitsarbeit der IB, die auf einer offensiven Nutzung der sozialen Medien basiert. Nach der Löschung

der Profile verlagerte die IB ihre Internetaktivitäten vor allem auf Twitter. Alle drei bayerischen IB Sektionen Bayern, Schwaben und Franken verfügen mittlerweile über eigene Twitter-Konten. Außerdem verlagern sie ihre Aktivitäten teilweise auf das russische Netzwerk vk.com, ohne jedoch einen mit Facebook vergleichbaren Verbreitungsgrad erreichen zu können.

17. Neonazipartei ‚Der Dritte Weg‘

Bei der rechtsextremen Partei ‚Der Dritte Weg‘ handelt es sich um eine der wichtigsten Organisationen der militanten Neonazi-Szene in Bayern. Der ‚Dritte Weg‘ wurde maßgeblich von bayerischen Rechtsextremisten mitgegründet, als Auffangorganisation für das sich abzeichnende Verbot des ‚Freien Netzes Süd‘, einem Zusammenschluss bayerischer Kameradschaften. Im Gegensatz zu einem Kameradschaftsverbund, der nach dem Vereinsrecht verboten werden kann,



Die Mitgliederzahl des ‚Dritten Wegs‘ in Bayern schwankt in den vergangenen Jahren zwischen 140 und 160 Personen.

sind die rechtlichen Hürden für ein Parteiverbot deutlich höher. Nach dem Verbot des ‚Freien Netzes Süd‘ im Jahr 2014 sind dann auch die meisten Aktivisten zum ‚Dritten Weg‘ gewechselt. Die bayerischen Stützpunkte des ‚Dritten Wegs‘ sind weitgehend mit den bisherigen Schwerpunkten des ‚Freien Netzes Süd‘ identisch. Der ‚Dritte Weg‘ ist somit zumindest in Bayern ganz eindeutig als Nachfolgeorganisation für das verbotene ‚Freie Netz Süd‘ einzustufen.

Die Mitgliederzahl des ‚Dritten Wegs‘ in Bayern schwankt in den vergangenen Jahren zwischen 140 und 160 Personen.

Für das Jahr 2019 geben die Sicherheitsbehörden ein Personenpotenzial 155 Aktivisten an. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es sich beim ‚Dritten Weg‘ um eine Kaderorganisation mit hohen Aufnahmehürden handelt. So kann erst nach einer halbjährigen Probezeit und aktiver Mitarbeit in den Parteistrukturen eine Vollmitgliedschaft erworben werden.

Neben verschiedenen kleineren Aktionen zum ‚Heldengedenken‘ an die Soldaten der deutschen Wehrmacht und der Waffen SS, hat sich der ‚Dritte Weg‘ im Jahr 2019 an der Europawahl beteiligt und in diesem Rahmen zwischen April und Juni zahlreiche Versammlungen, Veranstaltungen und Infostände durchgeführt. Die Wahlkampagne des ‚Dritten Wegs‘ stand unter dem Motto ‚Europäische Eidgenossenschaft statt EU-Diktatur‘. Der Schwerpunkt der Wahlkampfaktivitäten lag dabei eindeutig im Osten Bayerns, in Niederbayern, der Oberpfalz und in Oberfranken. Außerdem hat der ‚Dritte Weg‘ auch 2019 wieder an verschiedenen Orten – in München, Augsburg, Petershausen und Memmingen – sog. ‚Nationale Streifen‘ durchgeführt. Die größte Aktion des ‚Dritten Wegs‘ 2019 war die Demonstration zum ‚Volks- trauertag‘ in Wunsiedel mit ca. 200 Personen. Wunsiedel ist wegen der früheren Grabstätte von Hitlerstellvertreter Rudolf Hess für die bayerischen Neonazis ein hochsymbolträchtiger Ort.

Am 1. Mai 2019 demonstrierten rund 600 Anhänger des ‚Dritten Wegs‘ unter Beteiligung bayerischer Rechtsextremisten im sächsischen Plauen und provozierten durch ihr uniformiertes und besonders martiales Auftreten. Auch am sog. ‚Tag der Ehre‘, einer jährlich stattfindenden Heldengedenkveranstaltung in Budapest, haben sich bayerische Aktivisten des ‚Dritten Weges‘ beteiligt. Die Veranstaltung mit 3.000 Teilnehmern wurde maßgeblich von dem in Deutschland verbotenen ‚Blood & Honour‘-Netzwerk organisiert und gilt als europaweiter Treffpunkt der nationalsozialistischen Szene. Der ‚Dritte Weg‘ pflegt gute Kontakte zu europäischen Neonazis, insbesondere in Griechenland (‚Goldene Morgenröte‘), Ungarn und der Ukraine.

Leider hat die Staatsregierung keine Informationen, wie viele Mitglieder des ‚Dritten Weges‘ im Besitz einer Waffenerlaubnis sind und ob Aktivisten der Neonazipartei sich an Schießtrainings im In- und Ausland beteiligt haben. Am 3. Dezember 2019 ereignete sich zudem noch ein schwerwiegender Vorfall in München. Eine Frau, welche an einem der folgenden Tage in einem Prozess gegen ein Mitglied des ‚Dritten Wegs‘ aussagen sollte, wurde von zwei verummten Personen in ihrer Wohnung überfallen und durch Schläge verletzt. Die Aktion diente offensichtlich der Einschüchterung der Zeugin. Eine Verbindung der Täter zum ‚Dritten Weg‘ muss als sehr wahrscheinlich angenommen werden.

18. Der rechtsextremen Musikszene den Stecker ziehen

Die rechtsextreme Musikszene hat nach wie vor einen hohen Stellenwert für den organisierten Rechtsextremismus in Bayern. Viele Jugendliche finden über die Musik den Einstieg in die rechtsextreme Szene. Konzerte und Liederabende fördern den Zusammenhalt und fungieren als Kontaktbörse. Zuletzt ist die Zahl der Rechtsrockkonzerte in Bayern wieder deutlich angestiegen. Dies entspricht auch dem bundesweiten und internationalen Trend. Da viele Neonazikonzerte konspirativ vorbereitet oder als private Feier getarnt werden, dürfte es zudem bei den rechtsextremen Konzertveranstaltungen eine erhebliche Dunkelziffer geben.

Allein in Bayern gibt es gegenwärtig zehn aktive rechtsextreme Musikgruppen, darunter bekannte Gruppen wie die Hatecore-Band ‚Burning Hate‘. Die Schwerpunkte der rechtsextremen Musikszene in Bayern liegen in Oberfranken und im Allgäu, Regionen, in denen es bereits seit Jahrzehnten eine gut organisierte Skinheadszenen gibt. Hinzu kommen noch der bekannte rechtsextreme Liedermacher Frank Rennicke und der populäre, der ‚Identitären Bewegung‘ nahestehende Rapper Chris Ares.

In den vergangenen Jahren ist die Zahl der rechtsextremen Konzerte in Bayern wieder deutlich angestiegen. Im vergangenen Jahr haben die Sicherheitsbehörden zwölf rechtsextreme Musikveranstaltungen und Liederabende mit ca. 550 Besuchern registriert. Im Jahr 2018 waren es zehn Veranstaltungen und im Jahr 2017 fanden nur fünf Konzerte statt. Allein die Hälfte der registrierten Konzerte fand dabei im Allgäu und insbesondere in Memmingen statt. Damit ist die regionale Skinheadvereinigung ‚Voice of Anger‘ eindeutig zum wichtigsten Veranstalter rechtsextremer Konzerte in Bayern geworden. Die meisten Veranstaltungen finden im eigenen Clubheim von ‚Voice of Anger‘ in einer Kleingartenanlage in Memmingen statt.

Fünf rechtsextreme Musikveranstaltungen konnten 2019 durch Verbotsverfügungen der Sicherheitsbehörden oder durch polizeiliche Maßnahmen verboten bzw. unterbunden werden. Darunter fiel auch die Verhinderung eines mit hochkarätigen internationalen Bands besetzten Konzertes zu Ehren des verstorbenen Gründers der Skinheadvereinigung ‚Blood & Honour‘, Ian Stuart Donaldson, welches am 12. Oktober 2019 im Raum Ansbach stattfinden sollte. Mit der deutschen Band ‚Sleipnir‘, der finnischen Band ‚Mistreat‘, der schwedischen Gruppe ‚Code 291‘ und ‚Gesta Bellica‘ aus Italien, waren für das ursprünglich im baden-württembergischen Ellwangen geplante ‚Ian Stuart Donaldson Memorial‘ bekannte Bands aus dem ‚Blood & Honour‘-Umfeld angekündigt. Der Veranstalter, Matthias G. gehört bereits seit

Jahren zum harten Kern der konspirativ agierenden ‚Blood & Honour‘-Strukturen in Bayern.

Die rechtsextreme Musikszene ist bundesweit und international gut vernetzt. Bayerische Bands beteiligen sich regelmäßig an größeren Festivals und Events im gesamten Bundesgebiet – wie dem ‚Schild und Schwert‘-Festival im sächsischen Ostritz oder dem ‚Tag der nationalen Bewegung‘ im thüringischen Themar - und im europäischen Ausland - wie dem von der Gruppierung ‚Veneto Fronte Skinheads‘ anlässlich des Geburtstags von Adolf Hitler am 20.04.2019 veranstalteten Konzert in der italienischen Kleinstadt Cerea. Dabei spielen immer wieder die in Deutschland verbotene Skinheadorganisation ‚Blood & Honour‘ und ihr militanter Arm ‚Combat 18‘ eine wichtige Rolle.

Mit dem Verkauf rechter Tonträger und Merchandise-Artikel lässt sich viel Geld verdienen. Ein nicht unerheblicher Teil der Aktivitäten der rechtsextremen Szene dürfte hierüber finanziert werden. So existieren allein in Bayern acht Label, Vertriebe und Versandhandel für rechtsextreme Musik, Mode und Merchandise-Artikel. Darunter bekannte Namen wie ‚Oldschool Records‘ aus Wolfertschwenden in Schwaben, ‚Ansgar Aryan‘ aus Mantel in der Oberpfalz und der ‚Versand der Bewegung‘ aus dem oberbayerischen Murnau. Über den Umsatz und die Gewinne aus dem Handel mit rechtsextremer Musik und Merchandise-Artikeln sowie über die damit verbundenen Finanzströme liegen der bayerischen Staatsregierung jedoch keine Erkenntnisse vor.

Bisher werden rechtsextreme Musikveranstaltungen in Bayern nur selten durch die zuständigen Behörden verboten oder aufgelöst. Ob anlässlich rechter Konzertveranstaltungen verbotene Tonträger verkauft oder indizierte Lieder gespielt werden, wird in der Regel nicht kontrolliert. Deshalb kommt es auch fast nie zur Beschlagnahme von Tonträgern oder Merchandise-Artikeln im Zusammenhang mit derartigen Konzerten. Auch über weitere strafrechtlich relevante Delikte im Zusammenhang mit rechten Konzerten liegen der Staatsregierung keine Erkenntnisse vor. Dabei zeigen journalistische Recherchen, dass es bei rechtsextremen Konzertveranstaltungen regelmäßig zu Delikten wie Volksverhetzung (§130 Strafgesetzbuch StGB) oder dem Verwenden verfassungswidriger Kennzeichen und Symbole (§§86 sowie 86a StGB) kommt. Diese Straftaten werden in der Regel weder angezeigt noch geahndet.

Vor allem der Erfolg des rechtsextremistischen und der ‚Identitären Bewegung‘ nahestehenden Rappers Chris Ares stellt eine neue Entwicklung in der rechten Musikszene dar. So führte Ares mit seiner Veröffentlichung ‚2014-2018‘ auf verschiedenen Download-Plattformen wie iTunes kurzfristig die Hip-Hop Charts für deutsche Künstler an. Auch die Aufrufzahlen auf seinem YouTube Kanal belegen, dass

Chris Ares mit seiner Musik viele Menschen erreichen und damit Anschlussfähigkeit erzeugen kann. Dort rappt er vor allem über die angebliche Islamisierung Europas durch muslimische Migranten. Seine Aktivitäten zeigen, dass sich das Spektrum rechtsextremistischer Musik erweitert hat und teilweise den Hör- und Konsumgewohnheiten eines jüngeren Publikums anpasst.

19. Knockout für die rechtsextreme Kampfsportszene

In den vergangenen Jahren hat die rechte Szene den Kampfsport zunehmend als Mittel der Mobilisierung und der Gewaltausübung entdeckt. Das betrifft besonders Kampfsportarten wie ‚Mixed Martial Arts (MMA)‘ oder ‚Kickboxen‘, die sich auch als tauglich für den Straßenkampf erweisen. Neben der Musik ist der Kampfsport ein wichtiges vopolitisches Rekrutierungsfeld für die rechtsextreme

Sie trainieren in kommerziellen Studios und organisieren sich in normalen Vereinen, oft ohne dort groß aufzufallen oder anzuecken.

Die rechte Kampfsportszene zeichnet sich durch eine hohe Gewalaffinität aus. Sie ist zudem ein wichtiges Bindeglied zwischen der militanten Naziszene, rechten Hooligans und Teilen der Rockerszene. Kampfsportlerfahrene Neonazis sind ein erhebliches Gefahrenpotenzial für Andersdenkende und gesellschaftliche Minderheiten. So waren an den rechtsextremen Ausschreitungen und Hetzjagden auf Migranten und Andersdenkende im Sommer 2018 in Chemnitz auch Angehörige der rechten Kampfsportszene beteiligt. Es ist deshalb wichtig, alle relevanten Akteur*innen für diese Gefahren zu sensibilisieren und wirksame Strategien gegen die weitere Ausbreitung der Szene zu entwickeln.

Leider ist die rechte Kampfsportszene in Bayern lange Zeit unter dem Radar der Sicherheitsbehörden geblieben. Die



Knockout für die rechtsextreme Kampfsportszene, die zunehmend als Mittel der Mobilisierung der Gewaltausübung dient.

Szene. An großen rechtsextremen Kampfsportevents, wie dem ‚Kampf der Nibelungen‘, beteiligen sich mittlerweile mehrere hundert Personen.

In den letzten Jahren ist eine zunehmende Professionalisierung der rechten Kampfsportszene zu beobachten, mit eigenen Modemarken wie ‚Black Legion‘ oder ‚White Rex‘, Agenturen, Events wie dem ‚Kampf der Nibelungen‘ oder ‚TIWAZ Kampf der freien Männer‘ und prominenten Veranstaltern wie dem russischen Kampfsportler Denis Nikitin. Rechtsextreme Kampfsportler beteiligen sicher aber auch an regulären Turnieren und Events der Kampfsportszene.

Staatsregierung weiß nur wenig über rechte Kampfsportevents und Trainingsangebote. Die Neonazipartei ‚Der Dritte Weg‘ bietet mit ihrer Arbeitsgruppe ‚Körper und Geist‘ regelmäßig auch in Bayern sog. Selbstverteidigungstrainings an. Führende Aktivisten des ‚Dritten Wegs‘ in Bayern beteiligen sich an internationalen und nationalen Kampfsportevents. Auch die ‚Identitäre Bewegung‘ bietet bei größeren Treffen Kickbox- und Boxtrainings sowie Sparringskämpfe an.

Mitglieder der Allgäuer Skinheadgruppierung ‚Voice of Anger‘ trainieren regelmäßig in einem kommerziellen Memminger Kampfsportstudio. Auch in dem Augsburger

Studio eines international bekannten Kampfsportlers haben in der Vergangenheit Aktivisten von ‚Voice of Anger‘ und Angehörige der rechtsextremen Bürgerwehr ‚Soldiers of Odin‘ trainiert. Der bekannte identitäre Rapper Chris Ares wird regelmäßig als Musikact für kommerzielle Kampfevents von Veranstaltern wie dem ‚Bavarian Fight Club‘ gebucht. Offensichtlich mangelt es bei kommerziellen Studios oder Veranstaltern an der nötigen Sensibilität im Umgang mit rechtsextremen Kampfsportlern. Hier fehlen spezialisierte Beratungsangebote und eine gezielte Ansprache von Vereinen, Studios und Veranstaltern.

20. Kein Raum für Neonazis: rechtsextreme Immobilien in Bayern

Gegenwärtig verfügt die rechtsextreme Szene in Bayern über 22 Immobilien, die ihr zur regelmäßigen Nutzung zur Verfügung stehen. Das bedeutet, dass Neonazis entweder Eigentümer, Mieter oder Pächter des Objektes sind und uneingeschränkt über seine Nutzung verfügen können. Zu den rechtsextremen Immobilien zählen Häuser rechter Burschenschaften wie der ‚Danubia‘ in München oder der ‚Markomannia‘ in Passau, rechte Verlage wie der ‚DSZ-Zeitungsverlag‘ in München, Szene-Versandhandel wie ‚Ansgar Aryan‘ oder ‚Schwarze Sonne‘, Tonstudios und Musikvertriebe wie ‚DIM Records‘ oder ‚Oldschool Records‘ sowie Clubheime wie die Schrebergartenkneipe von ‚Voice of Anger‘ in Memmingen.

Die eigenen Räumlichkeiten spielen für die rechtsextreme Szene eine wichtige Rolle und werden regelmäßig für interne Treffen und Feiern, kommerzielle Zwecke, öffentliche Veranstaltungen oder kleinere Konzerte genutzt. Insbesondere für die rechtsextreme Musikszene ist es wichtig über eigene Tonstudios, Musikvertriebe und Versandhandel für Tonträger und Merchandise-Artikel zu verfügen. Die mit dem Vertrieb rechter Tonträger oder sonstiger Szene-Artikel erzielten Gewinne fließen zumindest teilweise wieder zurück in die rechtsextreme Szene und dienen der Finanzierung ihrer Strukturen und Aktivitäten. Es ist deshalb wichtig, den Erwerb oder die dauerhafte Anmietung entsprechender Immobilien durch die rechtsextreme Szene möglichst bereits im Vorfeld zu verhindern.

21. Rechtsextremismus als größte Gefahr für die innere Sicherheit

Selbst Bayerns Innenminister Joachim Hermann musste bei der Präsentation des Verfassungsschutzberichtes 2019 erstmals einräumen, dass der Rechtsextremismus aktuell die größte Gefahr für die innere Sicherheit in Deutschland dar-

stellt. Rechtsextreme Hetze und gewalttätige Angriffe bis hin zu Mordanschlägen haben im vergangenen Jahr deutlich zugenommen. Die Angriffe richteten sich vor allem gegen Menschen mit Migrationshintergrund, Jüdinnen und Juden sowie Politiker*innen und Repräsentant*innen des Staates. Traurige Höhepunkte dieser Entwicklung waren im Juni 2019 der Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke und im Oktober 2019 der Anschlag auf die Synagoge in Halle, bei dem zwei Menschen ermordet wurden und nur durch einen glücklichen Zufall ein noch schlimmeres Massaker an den Besucher*innen der Synagoge verhindert werden konnte.

Der antisemitische Anschlag in Halle und auch der rassistische Mord an neun Besucher*innen von Shisha Bars im Februar 2020 in Hanau stehen dabei auch für einen neuen Tätertypus und eine neue Form der Radikalisierung über das Internet. Die gewaltbereite rechtsextreme Szene organisiert sich tendenziell weniger in den klassischen rechtsextremen Parteien und Organisationen, sondern verstärkt in einer rassistischen, antisemitischen und antifeministischen digitalen Subkultur. Statt hierarchisch strukturierter Organisationen mit eindeutiger Zugehörigkeit entstehen über das Netz dezentrale Strukturen und diffuse Zusammenschlüsse über Foren, Messengerdienste und Imageboards. Laut den Analysen der Sicherheitsbehörden umfasst dieses ‚unstrukturierte Personenpotenzial‘ mittlerweile rund die Hälfte der gesamten rechtsextremen Szene in Bayern.

Die rechtsextreme Szene hat sich im vergangenen Jahr noch einmal erheblich radikalisiert und auch der Kreis an Personen, denen schwerste Anschläge zugetraut werden müssen, hat sich durch neue Formen der Radikalisierung im Internet deutlich vergrößert. Den Sicherheitsbehörden fällt es sehr schwer, auf diese neuen Entwicklungen zu reagieren und potenzielle Gewalttäter und Attentäter rechtzeitig zu identifizieren, bevor sie einen Anschlag begehen können. Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie haben zudem Verschwörungsideologien gegenwärtig Hochkonjunktur und rechtsextreme Kreise versuchen sich an die Spitze einer breiten Protestbewegung gegen die Maßnahmen zur Eindämmung des Virus zu stellen. Gleichzeitig bereiten sich konspirative Netzwerke, die bis in Bundeswehr und Polizei hineinreichen, auf einen ‚Tag X‘ des Zusammenbruchs der staatlichen Ordnung vor, an dem sie mit autoritären Methoden die Macht übernehmen wollen. Diese komplexe Gemengelage macht die aktuelle Situation so brisant und brandgefährlich.

Auch in Bayern muss jederzeit mit schweren terroristischen Anschlägen gerechnet werden. Dies hat sich zuletzt im Februar 2020 an der Aufdeckung der rechten Terrorgruppe ‚Der harte Kern‘ um den Augsburger Anführer Werner S. und die Bürgerwehr ‚Wodans Erben Germanien‘ gezeigt. Die Gruppe



Gewalttätige rechtsextreme Gruppierungen müssen konsequent verboten werden.

wollte zeitgleich in bis zu zehn Bundesländern Anschläge auf Moscheen begehen und plante darüber hinaus auch Attentate gegen grüne Politiker wie Robert Habeck und Toni Hofreiter. Auch die neuen international agierenden rechtsextremen Terrorgruppen ‚Atomwaffen Division‘ und ‚Feuerkrieg Division‘, die beide Bezüge nach Bayern haben, geben Anlass zu großer Sorge.

Es müssen nun dringend politische Konsequenzen aus dieser alarmierenden Gefährdungslage gezogen werden. Es ist Zeit zu handeln! Doch die CSU-Regierung lässt eine eigene wirkungsvolle Reaktion auf diese schockierende Entwicklung vermissen. Dass in Bayern bisher nur drei Personen vom Verfassungsschutz als rechtsextreme Gefährder und weitere 17 Personen als potenzielle Unterstützer geführt werden, ist eine grandiose Verharmlosung der tatsächlichen Terrorgefahr und muss dringend korrigiert werden. Keiner der in den letzten Monaten wegen terroristischer Aktivitäten verhafteten Täter war vorher auf dem Schirm der Sicherheitsbehörden. Angesichts einer starken Fragmentierung der Szene, neuer Täterprofile und kurzfristiger Radikalisierungsverläufe über das Internet müssen sich die Sicherheitsbehörden grundsätzlich umorientieren.

Wir fordern deshalb von den bayerischen Sicherheitsbehörden eine grundsätzliche Neubewertung des Gefährdungspotenzials durch rechtsextreme Gewalt und rechten Terrorismus. Die Zahl der registrierten ‚rechtsextremen Gefährder‘ und ‚relevanten Personen‘ muss dringend überprüft und an die aktuelle Bedrohungslage angepasst werden. Ähnlich wie bei den ‚islamistischen Gefährdern‘ brauchen wir auch im Bereich des Rechtsextremismus ein einheitliches

und differenziertes System zur Risikobewertung und eine systematische Überprüfung aller bestehenden Verdachtsfälle. Zu diesem Zweck müssen die personellen und fachlichen Kompetenzen der Sicherheitsbehörden entsprechend ausgebaut und angepasst werden. Dies gilt vor allem für ein wirksames Monitoring und operative Ermittlungen im Netz.

Bisher spielte eine terroristische Bedrohung durch rechtsextreme Gruppierungen und „Einzeltäter“ in den bayerischen Verfassungsschutzberichten überhaupt keine Rolle bzw. wurde eine Gefährdung durch rechten Terror grundsätzlich bestritten. Auch im aktuellen Bericht findet sich kein eigenständiges Kapitel über die Bedrohung durch rechten Terror. Die terroristischen Anschläge auf die Synagoge in Halle und den Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke werden einfach im Kapitel zu rechtsextremen Gewalttaten aufgelistet. Auch das muss dringend korrigiert werden. Rechtsextremer Terrorismus muss auch als solcher benannt und die Täter als terroristische Vereinigung verfolgt werden.

In Bayern können sich immer noch 92 mit Haftbefehl gesuchte Neonazis ihrer Verhaftung durch Untertauchen entziehen. Unter den gesuchten Personen befinden sich etliche schwere Gewalttäter. Jeder fünfte offene Haftbefehl betrifft ein Gewaltdelikt. Spätestens seit der Aufklärung der NSU-Mordserie wissen wir, welche Gefahr von untergetauchten Neonazis ausgeht. Die Fahndung nach untergetauchten Rechtsextremisten muss deshalb intensiviert werden.

Bei rechtsextremen Straf- und Gewalttaten führen nur die wenigsten Verfahren auch tatsächlich zu einer Verurteilung

des oder der Täter*innen. Auch bei schwerwiegenden Gewaltdelikten kommt es oft aus unterschiedlichen Gründen zu einer Einstellung des Verfahrens. Die geringe Aufklärungs- und Verurteilungsquote bei rechten Gewalttaten ist für uns sehr unbefriedigend.

Wir fordern deshalb einen erhöhten Ermittlungsdruck und eine konsequentere Strafverfolgung bei rechtsextremen, rassistischen und antisemitischen Straf- und Gewalttaten. In Zukunft muss eine Einstellung wegen Geringfügigkeit bei solchen Delikten ebenso ausgeschlossen werden wie ein Verweis der Opfer auf den Zivilklageweg. Bei antisemitischen Taten ist die Staatsanwaltschaft schon entsprechend angewiesen worden. Auch bei rechtsextremen Morddrohungen und Angriffen auf politische Amts- und Mandatsträger*innen ist eine konsequentere Strafverfolgung dringend geboten.

Gewalttätige rechtsextreme Gruppierungen müssen konsequent verboten werden. Das von Bundesinnenminister Seehofer verfügte Verbot von ‚Combat 18‘ im Januar dieses Jahres, dem bewaffneten Arm der internationalen Skinheadvereinigung ‚Blood & Honour‘, war schon lange überfällig. Niemand kann nachvollziehbar erklären, warum ‚Combat 18‘ nicht bereits im Jahr 2000 zusammen mit ‚Blood & Honour‘ von der Bundesregierung verboten wurde.

Innenminister Herrmann behauptet nun, es gebe keine aktiven Strukturen von ‚Combat 18‘ in Bayern. Das ist falsch! Bayern ist eine Hochburg bei den konspirativen Strukturen zur Fortführung von ‚Blood & Honour‘ und ‚Combat 18‘. Dies

beweisen die bundesweiten Durchsuchungen im Dezember 2018 wegen der illegalen Fortführung von ‚Blood & Honour‘ und im Oktober 2019 wegen den Drohbrieffen gegen Moscheen, islamische Einrichtungen, Medien und Parteizentralen im Namen von ‚Blood & Honour‘ und ‚Combat 18‘. In beiden Fällen war Bayern Schwerpunkt der polizeilichen Maßnahmen und die Ermittlungen werden jeweils von der Generalstaatsanwaltschaft in München geführt.

Rechtsextreme ‚Bürgerwehren‘ zeichnen sich durch eine hohe Gewaltbereitschaft und durch eine Vorliebe für Waffen jeglicher Art aus. In ihren Strukturen orientieren sie sich am Aufbau krimineller Rockerbanden. Sie sind ein Bindeglied zwischen traditionellen Neonazis, Aktivisten aus dem Bereich der ‚Neuen Rechten‘ und dem Rocker- und Hooliganmilieu. Dass sie ihre aggressive Rhetorik auch in die Praxis umsetzen, zeigen die Verhaftungen im Zuge der Ermittlungen gegen die bundesweit agierende Terrorgruppe um den Augsburger Werner S., bei denen auch zwei führende Mitglieder von ‚Wodans Erben Germanien‘ verhaftet wurden. In anderen Bundesländern wurden auch Anführer der Bürgerwehr ‚Viking Security Germania‘ verhaftet. Die rechten ‚Bürgerwehren‘ dienen der neuen Terrorgruppe offensichtlich als wichtige Rekrutierungsbasis.

Wir fordern deshalb von der Staatsregierung, in Zukunft alle Aktivitäten rechtsextremer und rassistischer Bürgerwehren konsequent zu unterbinden. Dies gilt auch für die Streifengänge von NPD und ‚Drittem Weg‘. In Terrorverdacht stehende Bürgerwehren wie ‚Wodans Erben‘ oder ‚Viking Security‘ müssen verboten werden.



Alle bekannten Rechtsextremisten in Bayern müssen auf ihre waffenrechtliche Zuverlässigkeit überprüft werden.

Laut Auskunft des bayerischen Innenministers ist die Zahl der Rechtsextremisten mit einer Waffenerlaubnis in den vergangenen Jahren stark gestiegen, allein im Jahr 2018 von 136 auf 191 Personen. Aufgrund des höheren politischen Drucks und der absehbaren Gesetzesverschärfungen ist die Zahl der Waffenerlaubnisse bei Rechtsextremisten im Jahr 2019 endlich wieder auf 89 gesunken.

Das ist ein positiver Trend. Wir fordern jedoch weiterhin die umfassende und konsequente Entwaffnung der gewaltbereiten rechtsextremen Szene. Alle bekannten Rechtsextremisten in Bayern müssen auf ihre waffenrechtliche Zuverlässigkeit überprüft werden. Wo immer möglich muss ihnen die Waffenerlaubnis wieder entzogen werden. Alle auf den Waffenbesitzkarten eingetragenen Waffen sind umgehend durch die Waffenbehörden einzuziehen. Dies gilt auch für die mit dem ‚Kleinen Waffenschein‘ erworbenen Schreckschuss-, Reizstoff- oder Signalwaffen. Bei Neuansuchen muss bekannten Rechtsextremisten die Erteilung einer Waffenerlaubnis grundsätzlich verweigert werden.

Wir fordern auch über die aktuellen Änderungen im Waffenrecht hinaus weitere Verschärfungen im Waffengesetz, um den legalen Zugang zu tödlichen Schusswaffen und den Erwerb von Munition soweit wie möglich einzuschränken. Bei rechtsterroristischen Anschlägen und Attentaten wurden in letzter Zeit immer wieder legal erworbene Schusswaffen eingesetzt.

Wir fordern deshalb strengere Bestimmungen für die Kontrolle und Lagerung privater Waffen- und Munitions-

bestände. Sportschützen sollten zukünftig ihre Munition nicht mehr zu Hause lagern dürfen. Kontrollen des privaten Waffen- und Munitionsbestandes müssen regelmäßig und obligatorisch stattfinden.

Die persönliche Eignung und Zuverlässigkeit von Inhaber*innen einer Waffenerlaubnis muss zukünftig noch genauer geprüft werden. Bei der Neubeantragung eines Waffenscheins müsste zukünftig von allen Antragstellern ein amts- oder fachärztliches Attest oder psychologisches Gutachten vorgelegt werden. Gerichtliche Entscheidungen, welche die Frage der waffenrechtlichen Zuverlässigkeit betreffen, müssen den Waffenbehörden bekannt gemacht werden.

Außerdem brauchen wir eine offizielle Opferstatistik zu Tötungen mit Hilfe von Sport- oder Jagdwaffen. Waffenscheine müssen durch einen personalisierten Lichtbildaufdruck zusätzlich gesichert werden. Auch die Eigenproduktion von Schusswaffen muss durch strenge rechtliche Bestimmungen unterbunden werden.

München, 13.05.2020

**Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
im Bayerischen Landtag**



Cemal Bozoglu, MdL

**Bürgerbeauftragter für Asyl und
Migration, Sprecher für Strategien
gegen Rechtsextremismus**

Stand: Juni 2020



KONTAKT:

Cemal Bozoglu, MdL

Bürgerbeauftragter für Asyl und Migration

Sprecher für Strategien gegen Rechtsextremismus

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

im Bayerischen Landtag

Maximilianeum, 81627 München

Tel.: 089 4126-2549

cemal.bozoglu@gruene-fraktion-bayern.de

www.gruene-fraktion-bayern.de